Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kioosten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,25 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Donnerstag, den 23. Juni 1927 — Nummer 144

Kleineres Brot – höhere Preise!

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers / Täuschungsmanöver zur Beruhigung der Massen

Das neue Hungerprogramm:

Verschärfte Rationalisierung - weniger Lohn - weniger Essen!

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Auf dem Industrie- und Handelstag hielt der sogenannte Reichswirtschaftsminister Curtius eine Rede, in der er u. a. für eine verschärfte Fortsetzung der „Rationalisierung" sprach. Klar und unzweideutig brachte er zum Ausdruck, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie nicht durch Lohnerhöhungen gestört werden dürfe. „Die Erreichung dieses Zieles (die Vergrößerung des Absatzes auf Grundlage verbilligter Gütererzeugung) dürfe nicht durch entgegengesetzte Bestrebungen beeinträchtigt werden." Gleichzeitig hatte er den Mut, Bestrebungen der Reichsregierung „zur Senkung der Preise und zur Steigerung des Realeinkommens der arbeitenden Klassen" anzukündigen. Unter dem Druck der Stimmung, die schon jetzt über die geplanten Zollerhöhungen auf landwirtschaftliche Waren in den Massen herrscht, gestand Curtius nämlich ein, „daß eine außerordentlich große Zahl industrieller Warengruppen zwei Jahre lang mit Zollsätzen belastet ist, die in dieser Höhe ihnen für so lange Zeit niemand zugestehen wollte. Es tritt deshalb nunmehr die ernste Frage auf, ob und unter welchen Voraussetzungen noch nicht ermäßigte Zollpositionen autonom zu senken sind." Die Klausel „ob und unter welchen Voraussetzungen" ist so zu beantworten, daß die gegenwärtige Regierung des Bürgerblocks alles andere beabsichtigt, als tatsächlich Zölle abzubauen. Der Reichsminister Schiele sagte erst vorgestern auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates: „Wenn man heute auf Grund der schlecht verstandenen Thesen der Weltwirtschaftskonferenz über den Abbau des deutschen Zollniveaus diskutiert, so verkennt man vollkommen die besondere Lage unserer Volkswirtschaft." Die verklausulierten Versprechungen des Ministers Curtius sind also nichts wie ein Täuschungsmanöver, an die Adresse der arbeitenden Massen gerichtet, die beruhigt werden sollen, um dann um so sicherer mit den landwirtschaftlichen Zollerhöhungen überrumpelt zu werden.

*

Ein ähnliches Betrugsmanöver, wie mit dem Zollherabsetzungsversprechen des Reichsministers Curtius, wird in Berlin mit der Brotverkleinerung durchgeführt. Wie die Welt am Abend meldet, haben die Bäckermeister mit den zuständigen Behörden über eine neue **Herabsetzung des Brotgewichts Fühlung genommen.** Die Preissteigerung des Brotes soll nicht durch die Verteuerung, sondern durch die weniger auffällige Gewichtsverminderung durchgeführt werden. Die beabsichtigte Herabsetzung des Brotgewichts wird von den Bäckermeistern mit der erneuten Steigerung der Roggen- und Mehlpreise begründet. Bei der letzten Brotverteuerung durch Gewichtsherabsetzung stand der Roggenpreis auf 260, **gegenwärtig** ist er auf **278** hinaufgetrieben. Das ist eine Steigerung von **128** seit einem Jahr, wo er auf **150** stand. Das ist das Ergebnis der bisherigen „Verbilligungspolitik der Bürgerblockregierung". Die **Brotverteuerung in Berlin** soll über die Preissteigerungen **noch hinausgehen.** Das Berliner Normalbrot wog früher **3000 Gramm**, also **6 Pfund für 50 Pfennig.** Heute bekommt der Berliner nur noch **1015 Gramm für 50 Pfennig** und wird nach der neuen Gewichtsherabsetzung nur noch **865 Gramm für 50 Pf.** erhalten. Die Berliner Behörden haben die Gewichtsverkleinerung vorgeschlagen, da mit der Einführung der geplanten landwirtschaftlichen Zölle eine neuere Verteuerung in Aussicht steht und nach der Erledigung dieser Zollgesetze eine neue Preissteigerung des Brotes unumgänglich wird. Deshalb soll schon jetzt, noch in dieser Woche, das Brot erheblich kleiner werden, damit dann später die Teuerung aufs neue durch Preissteigerung für das verkleinerte Brot möglich werden soll.

Nutznießer des Zollwuchers

Vervierfachung der Kartoffelzölle.

In dem Inseratenteil der agrarischen Zeitungen werden Güter zu außerordentlich stark gestiegenen Preisen angeboten. Es gibt sogar Inserate, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Rentabilität der Güter angesichts der zu erwartenden neuen Zölle sich viel günstiger als bisher gestalten würde. Die Deutschnationale Volkspartei hat beschlossen, nicht nur die Verdoppelung, sondern die Vervierfachung des Kartoffelzolles unter allen Umständen durchzudrücken. Gegenwärtig finden deutschnationale Verhandlungen mit dem Zentrum statt. Die Verhandlungen werden geführt vom Kartoffelbrenner Herold, der das stärkste Interesse hat, die Kartoffelzölle und damit die Kartoffelpreise hochzutreiben. Die Deutschnationalen haben ebenfalls beschlossen, die Zollfreiheit von großen Gefrierfleisch-Kontingenten aufzuheben und die Zölle auf Zucker und Schweinefleisch zu erhöhen. Gegen die preistreibenden Manöver muß die Arbeiterklasse endlich in einer geschlossenen Front aufs schärfste Stellung nehmen.

*

Gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien, der gestern vormittag eine Sitzung abhielt und den Bericht Stresemanns über die Genfer Politik entgegennahm, kam zu dem Beschluß, zur Debatte über die Außenpolitik der Regierung eine gemeinsame Erklärung abzugeben, die von dem Zentrumsabgeordneten Kaas vorgetragen werden soll.

Auch eine Antwort

Kritik am Verhalten linker SPD-Führer — Den SPD-Arbeitern zum Nachdenken.

Von Walter Otto, Leipzig.

Mit Beginn des Kieler Parteitages der SPD tagte zugleich der **Landeskongreß der Werktätigen in Dresden.** Auf diesem Kongreß waren unter den Delegierten auch eine Anzahl der SPD bzw. der SAJ angehörende Genossen, die in einer Delegationssitzung einen Offenen Brief an die Sachsendelegation auf dem Kieler Parteitag beschlossen. Der Offene Brief, dessen Inhalt zu den aktuellsten innen- wie außenpolitischen und rein organisatorischen Streitfragen der SPD Stellung nahm, ist der Arbeiterschaft durch die Veröffentlichung in der kommunistischen Presse und durch die Diskussionen in den Betrieben, den SAJ-Gruppen usw. bekannt. Die Absender des Briefes haben nachweislich ihren Mann in der **Partei-, Gewerkschafts-** und **Jugendbewegung gestellt.** Mancher von ihnen hat der Partei- und sozialdemokratischen Jugendbewegung Dutzende von Mitgliedern zugeführt. Alle fochten für die Idee des Sozialismus, oft gingen sie mit der Organisation auch in den Tagen größter Belastung durch dick und dünn. Wenn diese Genossen an die linken Führer appellierten, so nahm natürlich jeder an, daß zumindest in Kiel eine Stellungnahme zum Offenen Briefe erfolge, oder aber den unterzeichneten Genossen eine Antwort zuginge. **In dieser Annahme wurden wir jedoch** getäuscht. Alles hüllte sich in tiefes Schweigen. Dank alter Beziehungen zu den SPD-Funktionären wurde uns nach dem Parteitag bekannt, daß man nur in den engeren Zirkeln der Partei heimlich tuschelte und diskutierte. Man wählte also die **Methode des Totschweigens.** Und dennoch wurde den sozialdemokratischen Arbeitern der Offene Brief bekannt, ohne daß sich die linken Führer genötigt sahen, eine Antwort bei der Berichterstattung in den Mitgliederversammlungen zu geben. Dafür antworten sie in der Landtagssitzung am 16. Juni vor der Bourgeoisie auf den Offenen Brief.

Einige Zitate aus dem Referat des Genossen Hilferding — Leipziger Volkszeitung vom 27. Mai — über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik" beleuchten den Koalitionskurs der Partei. Aus ihm haben, wie weiter unten ersichtlich ist, die „linken" Sachsen scheinbar die Konsequenz schon gezogen. So sagt Hilferding:

„Ich halte es deshalb auch für vollkommen verfehlt, bei der Bildung der Länderregierungen Bedingungen für die Reichspolitik zu stellen. Wie wir in alle Magistrate hineingehen, **auch ohne Mehrheit (!), so müssen wir auch in die Länderregierungen von Sachsen und Thüringen hinein.** Daß die sächsische Regierung etwas anderes wäre als der Magistrat Berlin, das ist die Selbstüberschätzung der sächsischen Genossen." (Heiterkeit und Beifall.)

Weiter heißt es in den taktischen Richtlinien von Kiel:

„Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erringung und Behauptung möglichst zahlreicher Machtpositionen (!) in Gemeinde, Staat und Reich notwendig. Allein durch die aktive Betätigung in der Verwaltung kann die notwendige Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung erreicht werden. Schon daraus ergibt sich **die hohe Bedeutung der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Verwaltung der Gemeinden und Länder."**

Aus diesen beiden Zitaten ersieht man also die Betonung der Koalitionsbereitschaft für alle Fälle.

In Sachsen erleben wir nun seit Anfang Juni wieder eine Regierungskrise. Während der großen Aussprache über die Mißtrauens- und Auflösungsanträge im Landtag antwortete der Linkssozialist Genosse Edel auf Zurufe der Kommunisten: **„Wir sind in den Fragen der sächsischen Politik ohne Differenzen mit der Reichspartei."**

Was bedeuten diese Worte eines führenden Fraktionsmitgliedes nach dem Kieler Parteitag, was aber insbesondere während der sächsischen Regierungskrise? Die sächsische Landtagsfraktion verbeugt sich damit respektvoll vor dem Genossen Hilferding, und da dieser die parteioffizielle Meinung vertritt, vor dem Parteivorstand überhaupt. In Sachsen erklären die Genossen Arzt und andere, **daß sie grundsätzlich die Koalition mit der Bourgeoisie ablehnen** und lediglich diese unmißverständlichen Erklärungen sichern diesen Genossen das Vertrauen unter der SPD-Arbeiterschaft. In Kiel aber schwiegen sich die sächsischen Linken über diese Fragen aus. Der Parteivorstand stellte daraufhin mit Genugtuung fest, daß kein einziger Delegierter auf dem Parteitag sei, der die Koalition grundsätzlich abgelehnt hätte.

Die Linken wußten nur zu genau, daß in Kiel der Hohn und Spott für sie genau so garantiert waren, wie in Sachsen der Beifall nach ihren „revolutionären" Reden. Die Rede des Abgeordneten Edel kann somit als Liebeswerben vor den bürgerlichen Mittelparteien aufgefaßt werden, die natürlich den Rechtsparteien an reaktionärem Charakter um nichts nachstehen. „Wir sind in den Fragen der sächsischen Politik ohne Differenzen mit der Reichspartei", heißt die Koalitionspolitik anerkennen, den Mahnungen Hilferdings gehorchen, **auch in die Län-**

Sachsendelegation, an die der Offene Brief adressiert war, eine Antwort auf denselben gegeben, wie wir sie deutlicher nicht haben können.

Die Linie des revolutionären Sozialismus ist verlassen auch von den Führern, mit denen wir hofften, die Partei revolutionieren zu können. Der Glaube an die Gewinnung der Partei ist heute nur noch ein leerer Wahn, oder mit den gewählten Worten Hilferdings zu reden, „... ein müßiges Spiel der Phantasie"!

Vorderhand wagt keiner der Abgeordneten, den Anfang zu machen, öffentlich die Notwendigkeit der Koalition mit den bürgerlichen Parteien den Arbeitern zu interpretieren. Ein Sturm der Entrüstung ginge durch die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter, erführen sie von der Grundsatzlosigkeit ihrer Abgeordneten. Die letzten Jahre haben ja gezeigt, daß — von einigen stabileren Leuten abgesehen — die Mehrzahl der Landtagsabgeordneten weniger der Grundsätze als mehr des Mandats wegen in den Landtag gingen. Die Kreisgeneralversammlungen in Leipzig, an denen der Verfasser dieser Zeilen als Delegierter teilgenommen hat, boten oft ein Schauspiel dieses widerlichen Mandatsschachers. Die Linken warfen den Altsozialisten bisher vor: **Der Grundsatz ist ihnen nichts, das Mandat alles!** Nach einiger Sach- und Personenkenntnis in der SPD kann man heute schon sagen, daß es nur noch kurze Zeit währen kann, und die sozialdemokratischen Arbeiter werden erkennen, daß die Pfeile, die den Wern von den Linken zugeschossen wurden, mit ungehemmter Durchschlagskraft auf die Schützen zurückprallen.

Welche Konsequenzen gilt es zu ziehen?

Die SPD-Arbeiter müssen mit kritischen Augen schauen, und sie werden sehen, daß die sächsischen Linken vom Parteivorstand nur in einigen sekundären, politisch-taktischen Fragen abweichen, daß also die immer wiederkehrende Betonung der „roten" Sachsen eine billige Redensart ist. Auch Löbe und Severing sind heute in „Opposition" gegen die Reichsregierung. Beide haben ja geschworen, im Herbst bei gesunder Rückkehr in den Reichstag die Opposition „ein bißchen aufzumuntern". Das ändert jedoch an der Tatsache nichts, daß Severing morgen mit denselben Regierungsparteien zusammengehen würde, und mit ihnen die revolutionären Arbeiter niederzuknallen bereit wäre, wie ja gerade Severing sich rühmt, das Volk vor dem Bolschewismus, d. h. also vor der Befreiung aus Knechtschaft und Sklaverei geschützt zu haben. Die sächsischen Führer sind im gegebenen Moment aus Feigheit vor den Drohungen der Bourgeoisie zu denselben „staatsmännischen" Taten bereit wie Noske, Braun, Severing und Grzesinski. **Für die Linken gibt es nur „Taktik", die revolutionären Arbeiter aber fordern Grundsätze!**

Die inquisitorischen Ausschlußverfahren gegen linke SPD- und SAJ-Mitglieder zeigen die Wesensverwandtschaft der Herren Frenzel, Lipinski, Saupe und Schröter mit den Führern der Sozialdemokratie, Müller, Wels, Dittmann. Der sozialdemokratische Arbeiter bedenke: Ausschlüsse von SPD-Funktionären, Auflösung ganzer Unterbezirke der SAJ, Ausschluß dreier Ortsgruppen der SAJ, Ausschlüsse dutzender Einzelfunktionäre und Mitglieder der SAJ in einem Vierteljahr allein im Bezirk Westsachsen wegen revolutionärer Gesinnung. Der ganze Katzenjammer der „Linken" kommt zum Ausdruck in dem am Sonnabend den 18. Juni **wiedergeschlagenen Ausschlußverfahren** gegen die sozialdemokratischen Arbeiterfunktionäre Burkhardt und Espenhain in Leipzig. Diese Genossen sollten auf den offenbar von dem Bezirksvorstand inspirierten Antrag ihrer Ortsvereine Wiederitzsch und Leipzig-Mockau wegen „parteischädigenden Verhaltens" aus der SPD ausgeschlossen werden. **(Aus der SAJ sind sie seit Monaten ausgeschlossen.)** Lipinski legte den Genossen die Mitunterzeichnung des Flugblattes **„Gegen Terror und Verleumdung"**, die Einberufung eigener öffentlicher Versammlungen, in denen Walter Otto und die Beschuldigten selbst über den Terror in der SPD sprachen, zur Last. Um eine politische Stellungnahme zu dem Inhalt des Offenen Briefes auf dem Werktätigenkongreß an die Sachsendelegation des Kieler Parteitages drücken sich die Richter. Die Reformisten Frenzel, Lipinski usw. hätten so gern nach Walter Otto zwei weitere Funktionäre zur Strecke gebracht. **Liebmann opponierte jedoch mit Erfolg gegen** den Ausschluß. Die anwachsende Opposition der SPD-Arbeiter

gegen die Bonzokratie, gegen die Etatbewilligung im Leipziger Stadtparlament, gegen die Ausschlußsäuche, die Aufrechterhaltung der SAJ-Opposition, die den Weg zur kommunistischen Bewegung bereits beschlossen hat, all diese Tatsachen geben diesmal einigen Leipziger Linken zu denken. Sie duldeten Burkhardt und Espenhain weiterhin als Mitglieder und Funktionäre der SPD nach Entgegennahme der Erklärung, daß diese beiden Genossen künftig nicht gegen den Willen der Partei eigenmächtig Versammlungen einberufen. Obwohl also die Belastungsmomente gegen die Genossen Burkhardt und Espenhain zahlreicher und stärker waren, als die gegen Walter Otto, wagte man den Ausschluß nicht.

Genossen, laßt euch nicht durch diese Roßtäuscherkniffe beirren, man will den Keil zwischen die Arbeiteroppositionen treiben; das darf den Handlangern des Parteivorstandes nicht gelingen. Weiter auf der Linie des revolutionären Klassenkampfes, die Antwort auf den Offenen Brief ist erteilt, die sozialdemokratischen Arbeiter antworten zurück:

Mit dem wahrhaft revolutionären Klassenkampf stehen und fallen wir!

Für die sächsische Arbeiterschaft gibt es in der Frage Koalition nur Grundsätze und nicht „taktische Erwägungen"! Unser Grundsatz ist: Kampf jeder Koalition mit bürgerlichen Parteien! Wir fordern Auflösung des Landtages und Bildung der proletarischen Einheitsfront! Darum, ihr sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, seid gewarnt:

Entweder mit den sozialistischen Arbeitern oder die sozialistischen Arbeiter gegen euch!

In alter Auflage?

Der Kuhhandel um das Sachsenkabinett, über den einige Tage lang tiefes Schweigen herrschte, ist noch immer nicht zum Abschluß gekommen. Wie heute morgen der Anzeiger meldet, hat Heldt an die deutschnationale Landtagsfraktion ein Schreiben gerichtet, das in einer Fraktionssitzung der Deutschnationalen am Dienstag besprochen wurde. In diesem Brief macht Heldt den Vorschlag, einen deutschnationalen Minister für ein Kabinett zu ernennen, in dem jede Koalitionspartei, mit Ausnahme der Altsozialdemokraten, einen Minister hat. Die ASPS soll den Ministerpräsidenten und den Arbeitsminister erhalten. Der Anzeiger berichtet, daß, falls die Antwort der Deutschnationalen auf das nochmalige Angebot des Ministerpräsidenten Heldt ablehnend ausfallen sollte, der Ministerpräsident das Kabinett **in seiner bisherigen Zusammensetzung wiederherstellen würde.** Das Blatt glaubt, daß ein solches Kabinett sofort einem Mißtrauensantrag gegenüberstehen würde, der wahrscheinlich **auch die Stimmen der Deutschnationalen** erhalte. Die Deutschnationalen haben, wie die Dresdner Nachrichten mitteilen, zu dem erneuten Angebot Heldts noch keinen endgültigen Beschluß herbeigeführt. Man will, so wird mitgeteilt, noch die Ansicht der Landesinstanzen einholen, die heute zusammentreten. Herr Heldt soll des weiteren einen Brief an die Wirtschaftspartei gerichtet haben. Die bürgerliche Presse will wissen, daß darin mitgeteilt wird, daß die Deutschnationalen keine Lust haben, das Finanzministerium zu übernehmen, und Anspruch auf das Wirtschaftsministerium erheben.

Es kann angenommen werden, daß die Entscheidung der Deutschnationalen, die heute fallen wird, zu einer Verständigung über die Verteilung der Ministerposten unter den Koalitionsparteien mit Einschluß der Deutschnationalen führen wird. Kommt aber eine Verständigung nicht zustande, dann wird wohl Herr Heldt versuchen, ohne Minister fortzuwursteln.

Freibrief für die Klassenrichter

Kommunistische Anklagerede gegen die Klassenjustiz

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

In der Mittwochsitzung des Reichstages wurde die erste Lesung des neuen Strafgesetzbuches zu Ende geführt. Für die Kommunistische Partei ergriff Genosse Koenen das Wort zu einer scharfen Abrechnung mit der Klassenjustiz, zerpflückte das neue Strafgesetzbuch und kennzeichnete die traurige Rolle der sozialdemokratischen Führerschaft. Wir geben aus seiner Rede folgendes wieder:

Genosse Koenen zum Strafgesetzbuch.

Wir Kommunisten haben gegenüber dem vorliegenden Gesetz als einzige Verpflichtung den Standpunkt der Verfolgten, der Unterdrückten, der Opfer des Strafrechts zu vertreten. Die einzige wesentliche Neuerung des vorliegenden Gesetzes ist die ungeheuer große Freiheit der Richter, die Strafe willkürlich zu bemessen. Die Maschine der Klassenjustiz soll in Zukunft rücksichtsloser, sicherer und reibungsloser gegenüber den proletarischen Massen funktionieren. Offenkundige Rückschritte sind in großer Anzahl im neuen Strafgesetzbuch enthalten. Die Maschen des Netzes des Strafrechts werden enger gezogen denn je. Wie nach dem Inkrafttreten des Strafrechts nach 1871 eine unheimliche Ueberfüllung der Gefängnisse und Zuchthäuser eintrat, so wird es auch jetzt werden. Im neuen Strafrecht rächen sich die Verrätereien und Unterlassungssünden der famosen sozialdemokratischen Republikaner Ebert, Landsberg, Dittmann usw. von 1918. Das monarchistische Strafrecht blieb unangetastet, die monarchistischen Richter in ihren Aemtern. Das bißchen Macht von damals ist schnöde vertan und kommt für die Sozialdemokratie nie wieder; die hält jetzt sanfte Reden und kennt den Begriff der Klassenjustiz nicht mehr.

Die Vorbildung der Richter, ihre Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse garantiert ein reibungsloses Arbeiten der Justiz gegen die Ausgebeuteten. Die Massenerwerbslosigkeit, die katastrophale Wohnungsnot, die Unterernährung, die Teuerung, die Folge der Kriegsverrohung sind die objektiven, realen Grundlagen der aufsteigenden Strafbarkeit und Straffälligkeit. Die bürgerlichen Vertreter fühlen sich unfähig, die sozialen Verhältnisse zu ändern, die die Ursachen und Quellen der Verstöße gegen ihr Klassenrecht sind. Sie wissen nichts Besseres zu tun als die Neuentdeckung von Straftaten, Erweiterung des Rechtes der Richter in der Auswahl von Strafen und schließlich Neubau von Zuchthäusern und Gefängnissen. Wir Kommunisten erklären offen, daß nicht nur der Strafvollzug, die Strafzumessung und das Strafrecht geändert werden müssen, sondern in erster Linie die kapitalistische Ausbeutung und die kapitalistische Klassenherrschaft. Nach der Machtergreifung durch das Proletariat kann erst ein soziales Strafrecht geschaffen werden auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln und auf dem Reichtum der Gesamtheit. So allein wird das Elend als Quelle des Verbrechens verstopft. Das freie Ermessen der Richter ist der wichtigste Punkt des neuen Strafgesetzes. Das gibt die Möglichkeit, einen zur Klasse der Besitzenden gehörenden Verbrecher freizusprechen, einen Arbeiter aber mit schwersten Strafen zu belegen. Der Willkür der Klassenrichter wird damit ein Freibrief ausgestellt. Obwohl die Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag sich gegen freies Ermessen gewandt hat, versagt sie hier vollkommen. Beim Republikschutzgesetz haben wir das freie Ermessen, wie es gegen Proletarier und monarchistisch-faschistische Putschisten angewandt wurde, kennengelernt.

Was uns am neuen Strafgesetzbuch besonders interessiert, ist der Hochverrats- und Landfriedensbruch, der für die Proletarier als Strafgrund in Betracht kommt. Nach dem neuen Gesetz gilt bereits die Aufdeckung gesetzwidriger Zustände und selbst die Information von Abgeordneten als Landesverrat. Durch diese Bestimmung wird die Zeit der Demagogenriecherei von 1848 wieder heraufbeschworen. Der Lex-Gessler soll neuerdings diesen Paragraphen noch verschärfen. Die Vorbereitung zum Hochverrat soll schwerer bestraft werden als bisher. Der Provokateur, der Spitzel mußte bisher immer mit verurteilt werden. Jetzt sollen Provokateure und Spitzel, wenn sie aus freien Stücken ihre Tätigkeit aufgeben, milder bestraft und sogar straffrei ausgehen können. Polizei und Justiz erhalten die Möglichkeit, noch mehr mit Lockspitzelei und Provokation zu arbeiten als bisher.

Der sozialdemokratische Redner erklärte gestern die politische Justiz für zahlenmäßig unerheblich, um elegant und diplomatisch über diese Frage hinwegzukommen. Deshalb ein paar Zahlen:

In den Jahren 1880 bis 1890, zur Zeit des Sozialistengesetzes, gab es jährlich durchschnittlich 18 Bestrafungen wegen Hochverrat. 1913 waren bereits 35; 1919, unter der Herrschaft der Sozialdemokratie, stieg die Zahl auf 276, und 1925, unter der Riedner-justiz, wurden 1561 Bestrafungen wegen Hochverrats verhängt; das sind 3000 Prozent mehr als zur Zeit des Sozialistengesetzes.

Den Sozialdemokraten scheint das noch unbedeutend zu sein. In den Jahren 1903 bis 1907 hat die Zahl der Bestrafungen für Verbrechen und Vergehen gegen die Person einen gewissen Höhepunkt erreicht, so daß in den nachfolgenden Jahren ein Absteigen der Ziffern eintrat. Die Eigentumsvergehen halten sich auf dem normalen Maß des Jahres 1913, so daß die Vergehen gegen öffentliche Ordnung, Staat und Religion von der dritten Stelle auf die zweite Stelle aufgerückt sind.

Das neue Strafgesetzbuch erneuert den Majestätsbeleidigungsparagraphen zum Schutze des Präsidenten und schafft einen besonderen Schutz des Reichstags. Die Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Aemtern, die Entziehung des Stimmrechts sind als Nebenstrafen vorgesehen. Ein besonders gemeingefährlicher Paragraph will den Kampf gegen die Kriegsgefahr verhindern.

Der Entwurf behält die Todesstrafe bei. Das klassenbewußte Proletariat spricht der kapitalistischen Gesellschaft das Recht ab, Menschenleben zu vernichten, weil der Zweck dieses Staates die Ausbeutung und politische Unterdrückung der Massen ist. Erst in der kommunistischen klassenlosen Gesellschaft werden wir die Verwendung der Todesstrafe grundsätzlich verneinen. Das sagen wir denen, die über die Selbstverteidigung der Sowjetunion gegen Mörder und Banditen zetern.

Die Abtreibungsparagraphen sind ebenfalls im neuen Strafgesetzbuch beibehalten. 1890 hatten wir 232 Fälle, 1913 bereits 1518, 1921 = 4400 und 1925 = 7200 Fälle von Bestrafungen der Abtreibung.

Die Massen der Frauen werden sich insbesondere dagegen wehren müssen, sowie auch die Aerzte. Der Ehebruchsparagraph, der § 175, diese mittelalterlichen Bestimmungen, sind wiederum erneuert. Unser Standpunkt ist, dem alten Strafrecht die gefährlichen Giftzähne im Interesse des Proletariats auszubrechen. Daraufhin werden wir im Ausschuß arbeiten. Wir sind uns klar darüber, dadurch die Klassenjustiz nicht beseitigen zu können. Aber auch davon sind wir überzeugt, daß dieses Gesetz das letzte Strafrecht der Bourgeoisie sein wird. Es wird die Gegensätze zwischen den Klassen verschärfen und zu einem Mittel werden, gegen die Bourgeoisie neue und verstärkte Kräfte der gesamten werktätigen Massen zu mobilisieren.

Hindenburgrummel in Berlin

Berlin, 23. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Im Bureau des Reichspräsidenten ist Hochbetrieb. Nachdem gestern gemeldet worden war, daß Hindenburg auf eine große Festivität zu seinem Geburtstage ausdrücklich auf Grund der traurigen Notlage der breitesten Schichten des Volkes verzichte (die Hindenburgclique wollte sich angeblich mit einer großen Schröpfung der Massen zu einer „Hindenburgspende" begnügen), wird heute amtlich mitgeteilt: „Reichspräsident von Hindenburg hat den Wunsch ausgesprochen, daß an seinem 80. Geburtstage von kostspieligen und geräuschvollen Feiern Abstand genommen werden möge." Aber dieser Beteuerung folgt sogleich in der amtlichen Nachricht ein Zusatz, der geeignet ist, unter der arbeitenden Bevölkerung helle Empörung auszulösen. Es heißt nämlich weiter: „Um der Bevölkerung Berlins Gelegenheit zu geben, an diesem Tage den Reichspräsidenten zu sehen und zu begrüßen, hat sich der Reichspräsident bereit erklärt, am Nachmittag des 2. Oktober im Stadion eine Huldigung der Berliner Schuljugend entgegenzunehmen. Ein besonders zusammengestellter Chor Berliner Schüler und Schülerinnen wird hier dem Reichspräsidenten einige Lieder vorsingen. **Auf dem Wege zum Stadion sollen von den Linden ab Verbände und Vereine, die Studentenschaften und andere Körperschaften, sowie die Bevölkerung Spalier bilden.** Für den Vorabend ist ein militärischer Zapfenstreich vorgesehen." So also sieht es aus, wenn man bei Hindenburg von „kostspieligen und geräuschvollen Feiern oder Veranstaltungen Abstand" nimmt. Nicht nur soll der Rummel in ganz großzügiger Weise organisiert werden — von den Linden bis zum Stadion ist eine Strecke von über 15 Kilometer —, auch die Kinder — und das sind in Berlin in erster Linie proletarische Kinder — sollen zu dem Klimbim mißbraucht werden.

Kein Geld für die Beamten

Die Länderregierungen gegen Gehaltsaufbesserung der Beamten.

Berlin, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand im Reichsfinanzministerium eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt, in der die Länderregierungen Einspruch gegen die Erhöhung der Beamtengehälter vor dem 1. Oktober erhoben. Der Reichsfinanzminister Köhler erklärte, eine Erhöhung nach dem 1. Oktober komme nur dann in Betracht, wenn die Einnahmen über den Voranschlag hinausgehen und der Versuch gemacht werde, an den sogenannten Restausgaben noch Abstreichungen vorzunehmen. Die Beamtengewerkschaften rufen zu heute abend alle Beamten Groß-Berlins zu einer Demonstration auf.

Wahlrechtsverschlechterung in Baden

Sozialdemokraten und Zentrumsspießer am „Ausbau" der Demokratie.

Karlsruhe, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

In der gestrigen Sitzung des Badischen Landtags nahm der schwarz-rote Block von den Sozialdemokraten bis zum Zentrum die neue Wahlrechtsvorlage gegen die Stimmen aller übrigen Parteien an. Die Regierungsvorlage sieht vor, daß die bisherigen 7 Wahlkreise in 22 Wahlkreise eingeteilt werden, daß die Wahllisten fortfallen und andere Verschlechterungen eintreten.

Die Kasseler Straßenbahner freigesprochen

Kassel, 22. Juni

In dem Prozeß, der wegen des Straßenbahnunglücks gegen den Führer und Schaffner des verunglückten Wagens angestrengt wurde, ist heute nachmittag das Urteil gesprochen worden. Die beiden Angeklagten wurden freigesprochen, da ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie ihre Pflichten vorsätzlich mißachtet haben.

In der Urteilsbegründung im Straßenbahnerprozeß heißt es: Es steht fest, daß der Unglückswagen nicht genügend gebremst war, daß aber die Bremse an sich ausreichte. Verantwortlich ist allein der Führer Gerlach. Das Gericht nimmt an, daß er seine Körperkraft bei der Bremsung voll ausgenutzt habe, ferner, daß die Hinterbremse vielleicht etwas angezogen war, wofür er nicht verantwortlich zu machen sei. Die Frage, ob die Bremse von dritter Seite gelöst wurde, scheidet aus. Daß die Bremsung nicht genügen würde, brauchte Gerlach nicht anzunehmen, da in vielen anderen Fällen nicht anders gebremst wurde. Der Schaffner Hentrich ist für die Aufsicht verantwortlich. Es ist lediglich die Frage zu prüfen, ob er seiner Aufsichtspflicht nicht genügt hat. Im Rahmen seiner Dienstobliegenheiten konnte er nicht voraussehen, daß der Wagen abrollen würde. Es fehlt sonach an dem voraussehbaren Erfolg nur etwaige Fahrlässigkeit. Deshalb sind beide freizusprechen.

Gustav Menzel

der Vater der politischen Gefangenen, 60 Jahre alt.

Heute, am 23. Juni 1927, wird unser Genosse Gustav Menzel, der durch seine Tätigkeit für die politischen Gefangenen weit über den Rahmen der Kommunistischen Partei und der Roten Hilfe Deutschlands bekannt geworden ist, sechzig Jahre alt. In dem Gruß, den wir ihm heute entbieten, eint sich auch der Dank der vielen Hunderte, die durch seine nie rastende Tätigkeit im Dienste der Bewegung des revolutionären Proletariats vorzeitig aus den Kerkern entlassen wurden.

Im Jahre 1867 in Zedel im Kreise Sorau in der Niederlausitz als das neunte Kind eines Kleinbauern geboren, hat unser Genosse Gustav Menzel schon frühzeitig Not, Elend und Entbehrungen kennengelernt. In seiner Heimat besuchte er die zweiklassige Hirtenschule und kam dann im Jahre 1881 zu einem Schuster in die Lehre. Schon von seinen Gesellen hörte er von der sozialistischen Bewegung. Als er als Siebzehnjähriger auf die Wanderschaft ging, machte er zum ersten Male mit dem Gefängnis Bekanntschaft. Wegen Bettelns wurde er eingefangen und bestraft. Dieser nur kurze Gefängnisaufenthalt wurde bestimmend für sein ganzes späteres Leben. Schon bei den Faschingswahlen im Jahre 1887 arbeitete er kräftig in Schleswig-Holstein für die Sozialdemokratie. Nach einer Wanderschaft quer durch Deutschland bis hinein in die Schweiz kehrte er dann nach Berlin zurück und stürzte sich hier in die junge Schuhmacherbewegung. Damals, während des Sozialistengesetzes, spielte sich der größte Teil des politischen Lebens der Arbeiterschaft meist in den Lokalorganisationen der Gewerkschaften ab. Als im Jahre 1890 das Sozialistengesetz fiel, war Gustav Menzel bereits im Vorstand des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher Berlins".

Politisch stand Gustav Menzel von seinen Anfängen in der Arbeiterbewegung an stets auf der Seite der Opposition. Mit den Jungen gehörte er neben Eugen Ernst, dem späteren Berliner Polizeipräsidenten, zur Siebenerkommission, die in Berlin die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie führte.

entwortliche Posten gestellt. In Delitzsch bei Leipzig wurde er Stadtverordneter bereits im Jahre 1898. Auch in Wittenberg war er im Jahre 1904 Mitglied der städtischen Gemeindevertretung. Bei den Wahlen im Jahre 1908 kandidierte er zum Reichstag.

Im Jahre 1907 trat Gustav Menzel zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei über und gehört seit dem Jahre 1919, seit der Preußischen Landesversammlung, dem Preußischen Landtag an. Im Auftrage der Fraktion wurde er, der Nichtjurist, in den Rechtsausschuß delegiert und gehört diesem seitdem ununterbrochen an.

Die Arbeiten, die unser Genosse Gustav Menzel in den Jahren seiner parlamentarischen Wirksamkeit für die politischen Gefangenen geleistet hat, kennen alle diejenigen, die sein Wirken beobachten konnten; von seiner nicht in die Oeffentlichkeit gelangten erfolgreichen Tätigkeit zeugen die Tausende von politischen Gefangenen, die in ihm einen treusorgenden Berater haben, künden die Frauen und Kinder der politischen Gefangenen, denen er in schwerer Not Helfer und Freund war. Unter den politischen Gefangenen wird Genosse Gustav Menzel der „Zuchthausonkel" genannt. Dieses Wort und diesen Titel hat sich Gustav Menzel in nie erlahmender Arbeit trotz seines ungünstigen Gesundheitszustandes redlich erworben.

Heute ist Gustav Menzel neben seiner übrigen parlamentarischen und Parteitätigkeit noch Mitglied des Zentralvorstandes der Roten Hilfe Deutschlands. Auch hier ist er der Sachkenner und Berater in allen Fragen, die den Strafvollzug betreffen.

Wenn wir heute an seinem sechzigsten Geburtstage diese Zeilen ihm als Gruß widmen, so geschieht dies nicht nur, um unseren Gustav Menzel zu ehren — er bedarf ganz gewiß dessen nicht —, sondern, um der Jugend innerhalb der revolutionären Arbeiterschaft Kenntnis zu geben von dem Leben eines alten proletarischen Kämpen. Der Wunsch, den wir ihm heute als Gruß übermitteln, ist, daß er uns und der Arbeiterschaft noch recht lange erhalten bleiben möge.

Namens der politischen Gefangenen und deren Angehörigen, im Namen der Gesamtorganisation der Roten Hilfe Deutschlands drückt der Zentralvorstand der RHD dem sechzigjährigen Genossen Gustav Menzel in alter Kameradschaft an diesem Tage die Hand.

SLUB
Wir führen Wissen.

Kommunisten für die nationalen Minderheiten

Die Wendenfrage vor dem Landtag. — Gegen die Stillegung der Jutespinnerei Bautzen. — Einstufung der sächsischen Knappschaft in die 5. Lohnklasse abgelehnt. — Gegen die Verlängerung der Kunst-Schutzfrist. — Kommunistischer Antrag gegen Eisenbahnerabbau angenommen.

Landtagssitzung vom 22. Juni 1927

Die heutige Tagesordnung erledigt zunächst das Etatkapitel „Kunstzwecke", über das Genosse Rößscher als Berichterstatter des Ausschusses spricht. Er kritisiert unter anderem die viel zu geringe Unterstützung der Volksbühnenbewegung, für die die Kommunisten größere Beträge verlangten. Allerdings wünschen die Kommunisten nur die Unterstützung der freien Volksbühne, die, obgleich sie heute noch nicht im Entferntesten ihren eigentlichen Zielen gerecht wird, immerhin eine Bewegung der werktätigen Schichten darstellt. Der kommunistische Antrag wird gegen Kommunisten und Sozialdemokraten mit 42 gegen 39 Stimmen abgelehnt, da die ASPS natürlich mit dem Bürgerblock stimmt. Da jedoch von den Bürgerlichen etliche Abgeordnete fehlen, wäre der Antrag angenommen worden, wenn nicht etliche Sozialdemokraten ebenfalls abwesend gewesen wären.

Das Kapitel wird mit den hierzu gestellten Ausschußanträgen angenommen. Eine deutschnationale Anfrage, die sich gegen den Kauf angeblich amerikanischer Kartexapparate durch das Arbeitsministerium wendet, enthüllt sich als ein geschäftliches Konkurrenzmanöver, dem nur ein nationales Mäntelchen umgehängt worden war.

Die Stillegung der Jutespinnerei Bautzen

hatte die kommunistische Fraktion veranlaßt, einen Antrag zu stellen, der die Regierung beauftragt, mit Hilfe der Reichsregierung sofort auf die Leitung der Vereinigten Jutespinnerei und Weberei A.-G., Hamburg, einzuwirken, daß die Bautzner Zweigstelle wieder in Betrieb genommen wird und alle vorher Beschäftigten zu ihren alten Rechten wieder eingestellt werden.

Genosse Siegel

betont in der Begründung, daß in den übrigen Betrieben der A.-G. weit über 48 Stunden wöchentlich gearbeitet wird und der Geschäftsgang ein guter ist. Durch die Stillegung der Bautzener Filiale sind zirka 1500 Arbeiter und Angestellte brotlos geworden. Tatsache ist, daß die Regierung und der Bautzner Oberbürgermeister bereits mit der Direktion der A.-G. zwecks Wiederinbetriebnahme verhandelt haben, die Leitung aber stellte die Forderung des Steuererlasses, Strompreiserlasses und eines Zuschusses der Stadt Bautzen. Eine solche Subventionierungspolitik mußten die Kommunisten in Bautzen ablehnen. Wir fordern, daß entgegen den brutalen Willkürmethoden der kapitalistischen Rationalisierung die Inbetriebnahme und Wiedereinstellung durchgesetzt wird.

Der Regierungsvertreter gibt in einer Erklärung die objektive Berechtigung des Antrages zu. Er sei jedoch „überholt", da nach langen Verhandlungen eine anderweite Verwendung des Betriebes geplant sei, die allen brotlos gewordenen Arbeitern und Angestellten wieder Beschäftigung geben soll. Genaues könne man jedoch nicht sagen. Die Regierung habe also alles getan, was der kommunistische Antrag von ihr fordere.

Der sozialdemokratische Redner betont, daß es allen Anschein habe, als ob die Firma den Betrieb gar nicht wieder aufnehmen will, dabei sei die Firma gut beschäftigt. Der Antrag wird dem Ausschuß B überwiesen. In gemeinsamer Beratung werden die Etatkapitel „Bergakademie Freiberg" und „Oberbergamt und Bergämter" und der kommunistische Antrag, betreffend Lohnklasseneinstufung der Bergarbeiter nach dem Reichsknappschaftsgesetz gemeinsam behandelt.

Genosse Schreiber

wendet sich gegen den Antrag des Ausschusses, der die Ablehnung des kommunistischen Antrages vorschlägt und begründet den Minderheitsantrag, der die Regierung ersucht, beim Reichsarbeitsminister **die Einstufung der sächsischen Knappschaftssteuer in die 5. Lohnklasse zu vertreten.** Wesentlich ist, daß die Erhöhungen zum Kapitel „Bergämter", die im Ausschuß bewilligt worden sind, ein Eingeständnis darstellen, daß die kommunistischen Anklagen durchaus berechtigt sind. Interessant ist, daß bestimmte Beamte, die sich durch die Enthüllung der herrschenden Mißstände getroffen fühlen, sich in wüster Kommunistenhetze ergehen. Die Kommunisten werden dafür sorgen, daß diesen Leuten das Handwerk gelegt wird. Die Berginspektion darf die Hetzarbeiter nicht mehr zulassen und hat mehr als je die Pflicht, die Werke auf ihre Sicherheit scharf zu kontrollieren im Interesse des Schutzes der Bergarbeiter. Der kommunistische Minderheitsantrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten abgelehnt, die „altsozialistischen" Gewerkschafter stimmen mit den Bürgern gegen diesen Antrag! Die Etatkapitel werden genehmigt. Ein sozialdemokratischer Antrag wendet sich gegen die angestrebte Verlängerung der Schutzfrist für Werke der bildenden Kunst, Literatur und Musik und jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes auf dem Gebiete des Urheberrechts.

Genosse Böttcher

erinnert an die Bedeutung der Buchausstellung in Leipzig und an die Jahresschauausstellung „Das Papier", die auch „Das Buch" propagiert. Die Motive hierzu sind natürlich verschieden. Anderseits geht der Kampf gewisser Kreise gegen das Buch für das Volk verschärft vor. Wir Kommunisten sind der Meinung, daß für das gute Buch überhaupt keine Schutzfrist bestehen sollte, um dieses den breiten Schichten billig zugänglich zu machen. Die Forderung nach Heraufsetzung der Schutzfrist wird nicht in erster Linie von der Masse der Schriftsteller und Künstler, sondern von großen Verlegerfirmen zwecks besserer Ausbeutung der Werke erhoben werden. Diese Verleger haben die besten Dichter zu ihren Lebzeiten hungern lassen und wollen jetzt die wertvollsten Schöpfungen durch Verteuerung den Massen vorenthalten. Das ist natürlich auch ein Schlag gegen den Schöpferwillen des Künstlers. Wir stimmen dem sozialdemokratischen Antrag zu. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Wendenfrage

hatte die kommunistische Fraktion zur Stellung eines Antrages und einer Anfrage veranlaßt, die Genosse Renner begründet. Er führt aus, daß im Interesse der wendischen Arbeiter, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden dafür gesorgt werden muß, daß an Stelle einer Wendenpolitik, die das Anwachsen der faschistisch-nationalistischen Sokolbewegung der großkapitalistischen und großbäuerlichen Führer der wendischen Minorität begünstigt und anderseits Pläne zur politischen und kulturellen Unterdrückung der Wenden reifen läßt. Hinter dem Kampf um die Erhaltung der eigenen Kultur steckt der Kampf um die soziale Stellung der notleidenden wendischen Mittelschichten. Wir verlangen, daß der wendisch sprechenden arbeitenden Bevölkerung die Möglichkeit gegeben wird, die ihrem Volksstamm eigentümlichen und nützlichen sprachlichen und kulturellen Werte zu erhalten und zu entwickeln. Außerdem fordern wir die Beseitigung aller Nachteile, die der wendisch sprechenden Bevölkerung infolge ihrer geographischen Einschließung in deutschsprachigem Gebiete entstehen. Die Kommunisten fordern deshalb, daß die Regierung dafür Sorge tragen muß, daß alle Behörden im wendischen Sprachgebiet neben der deutschen Sprache die wendische als Verkehrssprache mit der Bevölkerung benutzen. Verstöße sollen bestraft werden. Im Schulunterricht soll die wendische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt werden und die deutsche Sprache ist als Lehrfach im Schulplan zu führen. Jede politische und soziale Unterdrückung der wendischen Bevölkerung seitens der Behörden ist aufs schwerste zu bestrafen.

Genosse Renner betont, daß, wenn die Bürgerlichen ihr Gerede von dem Schutz der Erhaltung einer nationalen Kultur nicht allzu offen entlarven wollen, müßten sie diesem kommunistischen Antrage zustimmen.

Der Regierungsvertreter behauptet, daß die Wenden nicht unterdrückt würden und daß ihre Wünsche erfüllt worden seien. Die kommunistischen Forderungen seien deshalb „überflüssig". Ein bürgerlicher Antrag auf sofortige Schlußberatung (zur Abwürgung!) wird von Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Sozialdemokrat Wehle widerspricht der Behauptung, daß keine Unterdrückungsabsichten beständen. Er weist darauf hin, daß in einem Vortragsabend des Heimatdienstes einem großkapitalistischen Propagandaunternehmen, das unter anderem auch sozialdemokratische Referenten für Vorträge in seinem Sinne bezahlt!) ein Herr Lauterbach die Unterdrückung der Wenden gefordert habe

im Hinblick auf den in Kürze kommenden Krieg gegen Sowjetrußland, an dem auch Deutschland beteiligt sein würde.

Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

In gemeinsamer Beratung werden Anträge, die sich mit den Fragen des Verkehrs beschäftigen, behandelt, so ein Antrag der Volkspartei, der einen besseren Verkehr nach dem östlichen Erzgebirge wünscht, ein Wunsch auf Errichtung eines Bahnhofes in Schöna-Chemnitz, weiter ein Antrag, der sich gegen eine Aufstellung von Warenautomaten in den Eisenbahnwagen wendet. Die Anträge werden den Ausschüssen überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des **kommunistischen Antrages gegen die Abbaumaßnahmen der Reichsbahn.** Der Ausschuß hat sich den kommunistischen Argumenten nicht verschließen können. Er schlägt vor, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß sie alle geeigneten Schritte unternimmt, **daß die Reichsbahnaktiengesellschaft die beschlossenen Abbaumaßnahmen rückgängig macht.**"

Genosse Siegel beantragt hierzu, daß in den Antrag eingefügt wird „und gegen jeden weiteren Abbau Einspruch zu erheben". Dieser Zusatzantrag wird abgelehnt, der Antrag selbst aber einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 23. Juni, 11 Uhr.

Strafgesetzbuch und Proletariat

Weitere Bestimmungen gegen die politische Betätigung des Proletariats.

Von Felix Halle.

V.

Aus den Bestimmungen über **Angriffe gegen verfassungsmäßige Körperschaften** ist schon erwähnt (vergl. Arbeiterstimme Nummer 140 vom 18. Juni 1927), daß diese nach der demokratischen Verfassung lebenswichtigen Staatsorgane der bürgerlichen Republik im § 99 des Entwurfs strafrechtlich schwächer geschützt sind als der Reichspräsident. Der § 100 des Entwurfs von 1927, der die **einzelnen Mitglieder dieser parlamentarischen Körperschaften vor Nötigung schützen soll,** enthält wieder den Begriff des besonders schweren Falles. Die Strafmöglichkeit der Konterrevolutionäre, die 1920 beim Kapp-Putsch die Nationalversammlung und verschiedene Landesparlamente auseinandersprengten, zeigt, daß es für die Anklagebehörden und Richter des gegenwärtigen Staates besonders schwere Fälle bei Konterrevolutionären überhaupt nicht gibt, die Verschärfung vielmehr den proletarischen Beschuldigten vorbehalten bleibt. Die vorgeschlagenen Bestimmungen werden daher keinen Schutz für die parlamentarischen Vertreter des werktätigen Volkes bedeuten, sie können vielmehr gegen proletarische Abgeordnete im Interesse der Konterrevolution mißbraucht werden.

§ 101 des Entwurfs von 1927 will die öffentliche Bestimmung der republikanischen Staatsform, der verfassungsmäßigen Körperschaften sowie die Beschimpfung oder Verleumdung der Reichs- oder Landesregierung mit Gefängnis bis zu fünf (!) Jahren bestrafen. Der § 165 des Entwurfs von 1927 will die Beschimpfung der Reichs- und Landesfarben sowie die Verletzung von Hoheitszeichen bis zu zwei Jahren bestrafen oder mit Geldstrafe belegen. Ebenso wird bestraft werden, wer ein öffentlich angebrachtes Hoheitszeichen des Reiches oder eines Landes absichtlich beschädigt, zerstört, beseitigt oder unkenntlich macht oder wer beschimpfenden Unfug daran verübt. Die Vorschriften der §§ 101 und 165 sind den Bestimmungen des Republikschutzgesetzes nachgebildet und stellen ein Gegenstück für den Majestätsbeleidigungsparagraphen der Monarchie dar. Charakteristisch für den Geist, aus dem der Entwurf 1927 entstanden ist, ist der § 102, der bestimmt, daß nicht nur bei Angriffen auf verfassungsmäßige Körperschaften, sondern auch bei Ehrverletzungen der obersten Beamten und Körperschaften der bürgerlichen Republik als Nebenfolge — ohne Rücksicht auf die Art und Höhe der Strafe — dem Täter die Amtsfähigkeit und das Wahl- und Stimmrecht aberkannt werden kann, eine Bestimmung, die dazu führen würde, proletarische Abgeordnete, Redakteure und Parteifunktionäre, die im politischen Kampf scharf hervortreten, ihres Stimmrechts beziehungsweise ihrer Mandate zum Reichstag oder zu den Landtagen, Stadtverordnetenversammlungen oder Gemeindevertretungen zu berauben.

Der 4. Abschnitt des besonderen Teiles des Entwurfs handelt über Vergehen bei Wahlen und Abstimmungen. Die Verurteilung des demokratischen Lehrers Siewert wegen angenommenen Wahlbetruges zu 15 Monaten Gefängnis durch das Landgericht Aurich auf Denunziation von nationalsozialistischer Seite hin, ist ein Beispiel, wie Richter des jetzigen Staates gegen das werktätige Volk und auch gegen Angehörige republikanischer Parteien auf Grund von Gesetzesbestimmungen vorgehen, die angeblich alle Parteien gleichmäßig schützen sollen. Als Schutz gegen einen konterrevolutionären Wahlterror können daher auch die vom Entwurf 1927 vorgeschlagenen Stimmen keineswegs angesehen werden. Beim Fortbestehen der jetzigen Gerichtsverfassung würden sie in der Mehrzahl der Fälle nur gegen Angehörige der Linksparteien praktische Anwendung finden.

Der 5. Abschnitt des besonderen Teils des Entwurfs „Störung der Beziehung zum Auslande" enthält unter § 112 unter der Ueberschrift „Hochverräterische Angriffe gegen einen ausländischen Staat" die Bestimmung, daß die hochverräterische Handlung gegen einen ausländischen Staat, die auf deutschem Boden begangen wird, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft wird. Voraussetzung für die Verfolgung und Strafbarkeit ist die Verbürgung der Gegenseitigkeit, die schon zur Zeit der Begehung der Tat gegeben sein muß. Das deutsche Proletariat ist nach den Vorkommnissen der Jahre 1918/19, in denen auf deutschem Reichsgebiet Kriegsrüstungen in erheblichem Umfange von konterrevolutionären Emigranten gegen Sowjetrußland mit Unterstützung deutscher Behörden getätigt worden sind (zum Beispiel des Bandenführers Awaloff), überzeugt, daß eine solche Strafbestimmung, selbst wenn sie in das Gesetz hineingeschrieben wird, von den Behörden der bürgerlichen Republik gegen die konterrevolutionären Feinde des Arbeiter- und Bauernstaates niemals mit praktischer Wirkung angewandt werden wird.

Während die sozialdemokratischen Führer und die bürgerlichen Pazifisten bei ihren Anhängern mit der Verheißung „Nie wieder Krieg" und mit Hinweisen auf den Locarno-Vertrag, den Völkerbund und die kommende Abrüstung neue Illusionen über den Friedenswillen der imperialistischen Mächte zu erwecken versuchen, halten es die Behörden der deutschen Republik für notwendig, die Wehrmacht der bürgerlichen Republik gegen pazifistische oder revolutionäre Beeinflussung mit höheren Strafen zu schützen, als sie nach den Gesetzen des preußisch-deutschen Militärstaates angedroht waren. Der § 118 Absatz 1 des Entwurfs von 1927 droht für „Aufwiegelung von Soldaten" Gefängnis, das heißt eine Freiheitsstrafe bis zu fünf (!) Jahren an, während das geltende Strafrecht, das von dem kaiserlichen Deutschland übernommen wurde, Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren als ausreichend ansieht. Auch im § 119 des Entwurfs von 1927, der die **Verleitung zur Fahnenflucht und die Erleichterung der Fahnenflucht** behandelt, ist die Strafe gegenüber der Strafandrohung des geltenden Strafgesetzbuches von drei Jahren auf fünf (!) Jahre erhöht worden. Sowohl § 118 Absatz 2 wie § 119 Absatz 3 des Entwurfs 1927 drohen für Kriegszeiten erhöhte Bestrafungen an und schaffen den sehr aktuellen Begriff einer „Zeit, zu der wegen des unmittelbar zu erwartenden Ausbruchs eines Krieges militärische Vorbereitungen getroffen werden."

Ferner wird sowohl im § 116 und § 117 mit dem Begriff des **besonders schweren Falls** gearbeitet und werden hier sogar **Zuchthausstrafen bis zu fünf (!) Jahren** ausgeworfen. **Das Proletariat, insbesondere die SPD-Arbeiter, können dem Strafgesetzentwurf von 1927 entnehmen, daß sich die hohen reaktionären Beamten der Republik nicht in den Friedensillusionen bewegen, welche die Führer der SPD und der Demokraten im Proletariat und im Kleinbürgertum zu verbreiten suchen. Die reaktionäre Bureaukratie der deutschen Republik bereitet vielmehr ganz bewußt ein Strafgesetz vor, das dazu dienen soll, bei dem erwarteten neuen Kriegsausbruch jede pazifistische und jede revolutionäre Bewegung mit drakonischen Mitteln zu bekämpfen.** In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß in einer von dem Entwurf 1927 vorgesehenen Strafandrohung im § 153 die **Aufwiegelung von Polizeibeamten und Gefangenaufsehern** mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft wird, ein Zeichen, wie sehr die herrschende Klasse eine Beeinflussung der unteren Beamten durch das werktätige Volk fürchtet. Vom proletarischen Standpunkte aus muß gegen diese Bestimmungen, wie sie die §§ 118, 119 und 153 des Entwurfs von 1927 verlangen, im allgemeinen und insbesondere aber gegen die Verschärfung der Strafen gegenüber dem geltenden Recht mit Entschiedenheit angekämpft werden.

So sieht die ASPS aus!

Gegen Achtstundentag. — Für Kinderarbeit. — Gegen tarifmäßige Bezahlung.

Es ist leider Tatsache, daß die ASPS-Führer in Sachsen immer noch in den Gewerkschaften die Politik bestimmen und führende Positionen innehaben. Das ist nur möglich, weil die Arbeiterschaft bisher noch nicht die Kraft aufgebracht hat, diese Leute davonzujagen. Mit dem Hinweis auf ihre „alte" gewerkschaftliche Tätigkeit gelingt es diesen Gesellen immer noch hier und da Arbeiter irrezuführen.

Deshalb seien nachstehend einige Beispiele abgedruckt, wie es um die gewerkschaftlichen Grundsätze der ASPS bestellt ist.

In der Landtagssitzung vom 22. Juni stimmten die vier ASPS-Abgeordneten gegen einen Antrag der Kommunisten, der verlangte,

„die Regierung zu ersuchen, beim Reichsarbeitsminister die Einstufung der sächsischen Knappschaftsrentner in die 5. Lohnklasse zu vertreten."

Bei der Abstimmung über den Polizeietat im Haushaltausschuß A am 17. Juni stimmte der Vertreter der ASPS Abgeordneter Wirth, gegen den **Achtstundentag bei der Polizei.** Wirth stimmte gegen folgenden Antrag der Kommunisten:

„die Regierung wird beauftragt, sofort anzuordnen, daß die Dienstleistung der Polizeibeamten, einschließlich Wachtdienst 8 Stunden täglich nicht übersteigen darf.

Alle Unterrichtsstunden müssen in der Dienstzeit abgehalten werden."

Der kommunistische Antrag wurde infolge der Haltung der ASPS abgelehnt. Die Polizeibeamten müssen sich also bei der ASPS bedanken, wenn sie mit hungrigem Magen täglich 10 bis 12 Stunden Dienst abschruppen müssen.

Sogar für die Auslieferung der Kinder an die Großbauern hat die ASPS gestimmt. Am 14. Juni stimmte die ASPS im Haushaltausschuß A gegen den Antrag der Kommunisten:

„Auf den Staatsgütern ist jegliche Kinderarbeit zu verbieten."

Wenn sogar auf den Staatsgütern die Kinderausbeutung bleibt, wird sie auf den Gütern der Junker erst recht in die Halme schießen.

Die reformistischen Gewerkschafter der ASPS sind nicht nur **gegen den Achtstundentag und für die Kinderarbeit,** sondern sogar gegen die von den Gewerkschaften erkämpften Tarife. Bei der Beratung des Kapitels Reichsversicherung und Reichsversorgung im Haushaltausschuß A am 14. Juni stimmte die ASPS gegen folgenden Antrag des Genossen Böttcher:

„Angestellte und Aushilfsangestellte bei den Versicherungsämtern haben ausnahmslos als Mindestgehalt die Sätze des Staatsangestelltentarifs zu erhalten."

Das vorstehende Material muß von der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften benutzt werden, um den Kampf **für die Beseitigung der ASPS aus den Gewerkschaftspositionen zu verschärfen.**

SLUB
Wir führen Wissen.

Dresden

23. Juni 1921: 12 000 tschechische Bankangestellte im Streik. — 1918: Proklamierung der Sowjetrepublik Aserbeidschan. — **1848: Beginn der Pariser Junischlächterei.**

Kommentarlos ...

Die Dresdner Volkszeitung hat zur Verherrlichung des weißen Terrors in Bulgarien nichts zu sagen!

Die bulgarische Henkerregierung wirbt für ihr Regime im Ausland. In ihrem Auftrag haben auch die faschistischen bulgarischen Studenten einen Vortragsabend in der Technischen Hochschule veranstaltet, in dem ein Sekretär der bulgarischen Gesandtschaft in Berlin ein mehr als rosig gefärbtes Bild über die wirtschaftliche Lage des Landes gab und das brutale Henkerregime der bulgarischen Regierung als „Vorbereitung des kulturellen Aufschwunges" pries.

Wir hatten leider keine Zeit, einen Beobachter zu dieser Veranstaltung zu entsenden und waren daher besonders an der Berichterstattung der Volkszeitung interessiert. Was dieses Blatt an Rückgratlosigkeit leistet, zeigt sich auch in diesem Falle. Wir haben es nicht nötig, auf die Einzelheiten des bulgarischen Henkerregiments einzugehen. In einer Besprechung der hervorragenden Anklageschrift des französischen Dichters Henri Barbusse hat in einer der letzten Nummern schon Genosse Böttcher Wertvolles zur Charakterisierung mitgeteilt. Ungezählte Meldungen, Aufrufe der Arbeiterorganisationen, Protesttelegramme führender Geistesarbeiter haben den Arbeitern genügend Material über die bulgarische Hölle gegeben. Wir haben deshalb nur den Teil des Berichtes der Volkszeitung wiederzugeben, um den Noske-Geist dieses Blattes aufzuzeigen, der sonst sorgfältig verdeckt, und hin und wieder einmal offen und unverhüllt schamlos zutage tritt. Das Dresdner Organ der „völkerbefreienden Sozialdemokratie" informiert seine Leser über das weiße Regime in Bulgarien folgendermaßen:

„Aus der Berührung dieser jüngsten politischen Probleme heraus kam der Redner auch auf die innerpolitischen Vorgänge seines Landes in den letzten Jahren zu sprechen, auf den Sturz der Bauernregierung Stambulis und die Bolschewisten- und Bauernverfolgung. Ein Sieg, der durch die Erschöpfung des Landes begünstigten, sich rasch ausbreitenden bolschewistischen Bewegung hätte den Untergang Bulgariens zur Folge gehabt. Der Redner bezeichnete es als eine der bedeutsamsten Leistungen der letzten Jahre, daß die bolschewistische Revolution habe abgewehrt werden können, ohne daß Staatsordnung und Staatsform darüber zerschlagen worden wären."

Kein Wort mehr hat die Volkzeitung zu sagen. Kommentarlos übermittelt sie diese unverfrorenen Anpreisungen des Faschistenregimes ihren Lesern. Sie teilt also diese Meinung. Hier ist wohl jeder Kommentar überflüssig ...! Vielleicht werden die proletarischen Leser der Redaktion der Dresdner Volkszeitung noch einen ungedruckten Kommentar liefern. Sie täten damit ein gutes Werk!

Die verkülzten Dresdner „Demokraten"

In der Mitgliederversammlung der Dresdner Demokraten wurde auf Wunsch des ehemaligen Ministers Dehne, der seine Wiederwahl ablehnte, der Reichsinnenminister a. D. Külz, die besondere Zierde deutscher Demokratie, zum Vorsitzenden gewählt. Herr Külz ist die Dresdner Demokraten, die Dresdner Demokraten sind Herrn Külz wert ...

Eine provokatorische Demonstration der russischen Konterrevolutionäre in Dresden

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, werden die hier in Dresden lebenden russischen Konterrevolutionäre am Sonntag 12,15 Uhr eine „Trauerfeier" für die jüngsten Opfer des bolschewistischen Terrors" in der hiesigen russischen Kirche (Reichsstraße 19) abhalten. Diese „Feier" stellt eine offensichtliche Provokation der Dresdner klassenbewußten Arbeiterschaft dar, die restlos die energischen Schutzmaßnahmen der russischen Arbeiterregierung gegen die konterrevolutionären und imperialistischen Verbrechen billigt, und die diese Maßnahmen als historische Notwendigkeit zur Verteidigung der Errungenschaften der proletarischen Revolution betrachtet..

„Linke" SPD-Politik im Dresdner Stadtverordnetenkollegium

Von Alfred Werner, Stadtverordneter.

„Ist es denn wirklich wahr, daß die SPD-Fraktion der Gehaltserhöhung um 10 000 Mark für den bürgerlichen Stadtbaurat zugestimmt hat? Eine Anzahl SPD-Stadtverordnete stehen doch noch im Betrieb. Haben denn diese nicht wenigstens dagegen gestimmt?"

Diese Frage ist in den letzten Wochen fast täglich an mich gerichtet worden und zwar nicht nur von Arbeitern, die politisch zur SPD gehören, sondern auch von Parteilosen, die mit der SPD-Politik nicht immer einverstanden sind.

Diese Tatsache zeigt uns, daß die Arbeiterschaft trotz der Berichterstattung über diesen Fall es ganz einfach nicht für möglich hält, daß von ihnen gewählte Vertreter eine solche Stellung einnehmen können. Nun, wenn man einige Jahre die Kommunalpolitik der SPD im Dresdner „Kollegium" beobachten konnte, wundert man sich über nichts mehr. Anders aber der Arbeiter, der vielleicht im Jahre ein- oder zweimal auf die Stadtverordnetentribüne kommt, sonst aber sich sein Urteil aus der Zeitung bilden muß. Er wird, wenn er noch nicht ganz mit der SPD gebrochen hat,

durch die Berichte in der Dresdner Volkszeitung immer wieder irregeführt

werden und ist dann vielfach zu gern bereit, den demagogischen Argumenten der SPD-Führer Glauben zu schenken. Beim SPD-Arbeiter, der immer noch die Hoffnung hegt, daß seine Partei sich noch wandeln könne, wird das Urteil über die Politik der SPD-Fraktion im Dresdner Rathaus außerdem noch getrübt durch den Wechsel der Personen, der in der SPD-Fraktion bei der letzten Neuwahl vorgenommen wurde. Die ASPS-Leute, wie Wirth und Bieberach, schieden ja durch die Trennung aus und außerdem wurden einige „Verdächtige", wie Pinkert, Dr. Deppe, Jungnitsch und andere ausgeschifft. Dafür traten

„Leute aus dem Betrieb"

an. Spottke von den Gemeindearbeitern, Julius Krüger von Hartmann, bekannt aus der Metallarbeiterfraktion (USPD und KPD), Süßmilch von Clemens Müller, Kurt, Mitglied des Sportkartells und andere sollten den SPD-Arbeitern zeigen, daß das Steuer „nach links" herumgerissen wird. Nun, man war gespannt, ob diese proletarische Einreihung sich in irgendeiner Weise bemerkbar machen würde. Waren doch außerdem noch einige vorhanden, die schon in der vorhergehenden Periode Anspruch erhoben auf die Bezeichnung „Ehrliche Linke", wie Sohla, Clara Roack, Hammer, Dölitzsch usw. Mit diesen gemeinsam hätte es wohl möglich sein können, „die schlimmsten Dinge abzuwehren". Diese Annahme hat bestimmt bei einem großen Teil der Arbeiter bestanden

Hat sich diese Hoffnung als berechtigt erwiesen?

Die Tatsachen bestätigen allzudeutlich das Gegenteil. Nach ½ Jahre Tätigkeit im neuen Kollegium muß man anerkennen, daß das sogenannte „Lampenfieber", das bei den „Neuen" immer etwas in Anrechnung gebracht werden muß, nicht mehr vorgeschoben werden kann. Wenn man dann weiter berücksichtigt, daß diese oben aufgezählten „Arbeiter aus dem Betrieb" Funktionäre sind, die schon eine gewisse Routine im Auftreten haben, ist ihr „Versagen" ganz besonders kennzeichnend. Ein eigenes Auftreten konnte bisher nirgends beobachtet werden. Rösch ist ein für allemal nicht nur der Sprecher, sondern auch der Diktator in der Fraktion. Sein Ehrgeiz, den Mussolini, wenn auch nur im Dresdner Bemmchenformat zu spielen, unterdrückt jede andere Meinungsäußerung in der SPD-Fraktion. Jeder Tribünenbesucher, der einigermaßen objektiv die Dinge beobachtet, kann bestätigen, daß bei den verschiedensten Gelegenheiten die Arbeiterstadtverordneten der SPD zwar „Bauchschmerzen" haben, daß die aber von Rösch mit einer glatten Handbewegung „ausgeglichen" werden. Ob das bei der Frage des Arbeitsnachweises war, ob das in Erscheinung tritt, wenn die Kommunisten gegen die geheime Behandlung verschiedener Dinge auftreten oder wie im letzten Falle der Stadtbaurats Wahl — immer wird die leiseste Opposition in der SPD-Fraktion unterdrückt und weicht selbst fetzig zurück!

Am treffendsten kam das zum Ausdruck bei der schon bekannten Gehaltserhöhung des genannten Stadtbaurats um 10 000 Mark. Dieses unverantwortliche Hinausschmeißen von Geldern, dem das dauernde Klagen über das Fehlen von Mitteln für die Erwerbslosen und Minderbemittelten überhaupt gegenübersteht, schien auch den Spottke, Krüger usw. etwas zu spanisch. Sie bekannten auch ganz offen, daß sie in der vorhergehenden Fraktionssitzung „wie die Löwen" dagegen gekämpft hätten. Was taten sie aber bei der Verhandlung im Kollegium?

Das Stenogramm, das jeder Einwohner in der Stadtverordnetenkanzlei einsehen kann, zeigt, daß von der SPD zu dieser Gehaltserhöhung kein Stadtverordneter gesprochen hat.

So peinlich war diese Angelegenheit, daß man nur den Wunsch hatte, diesen Fall so schnell wie möglich stillschweigend zu erledigen. Auf die Anklagen, die Genosse Gäbel als Sprecher der kommunistischen Fraktion zum Ausdruck brachte, antwortete niemand. Die gesamte SPD-Fraktion saß da wie ein katholischer Gesellenverein, und betretenes Schweigen war die Antwort der Arbeiter-Stadtverordneten der SPD, als bei der namentlichen Abstimmung von uns aus noch die dringende Mahnung an sie gerichtet wurde, sich doch im letzten Moment zu besinnen.

Gibt es für diese Gehaltserhöhung irgendeine Entschuldigung?

Der Herr Stadtbaurat Wahl hatte vorher ein jährliches Einkommen von 15 540 Mark. Die Begründung des Stadtverordneten Böttcher (DVP) als Berichterstatter ging dahin, daß andere Ratsmitglieder, die teilweise noch nicht so lange im Amte seien, bedeutend mehr Gehalt beziehen. Welcher Arbeiter wird eine solche Argumentation bei dieser Gehaltshöhe begreifen? Es gibt Tausende von Ingenieuren, geschulte Kräfte, die gern bereit wären, ihre ganze Kraft für die Stadt einzusetzen, während sie jetzt vielleicht stempeln gehen. Wäre es nicht richtiger, das Gehalt der anderen Herren, die anscheinend „aus Versehen" etwas zu hoch bezahlt werden, um einige Tausend herabzusetzen?

Welcher SPD-Arbeiter wird verstehen, daß man aus dem Handgelenk heraus **pro Woche 200 Mark Erhöhung** bei einem solchen Riesengehalt bewilligen kann? Wie lange müssen die Arbeiter kämpfen, wenn sie eine Lohnzulage von 2 bis 3 Mark in der Woche erreichen wollen? Aber noch mehr, wissen die SPD-Arbeiter, daß dieses Gesamtgehalt in Höhe von 25 540 Mark pro Jahr nicht die einzige Einnahmequelle ist? Ist es nicht wichtig, daran zu erinnern, daß dieser Stadtbaurat unzählige Vergünstigungen in bezug auf alle städtischen Veranstaltungen und Einrichtungen genießt. Wie denken die erwerbslosen SPD-Anhänger, denen man bei der geringsten Gelegenheit die Erwerbslosenunterstützung entzieht oder schmälert, über eine solche Verantwortungslosigkeit? Diese Fragen lösten bei der gesamten SPD-Stadtverordnetenfraktion nur ein verlegenes Schweigen, bei den Führern der Fraktion höchstens ein höhnisches Grinsen aus.

Welche Antwort werden die SPD-Arbeiter geben?

Heute in vier Wochen in **Dresden**

Roter Rummel!

Die gesamte Organisation stellt sich darauf ein. Genossen, treibt Propaganda.

Arbeiterlos ...

Gestern nachmittag verunglückte ein in der Bienertmühle beschäftigter Arbeiter tödlich. Er war um eine Saugvorrichtung, die zum Transportieren des Getreides aus den Bienertkähnen bestimmt ist, zu lösen, von der Kaimauer aus ein Stück auf einem eisernen Stuhle heruntergelassen worden. Dabei löste sich ein Verbindungsseil (!) und der Unglückliche stürzte mit dem Stuhle auf einen Kahn und dann ins Wasser. Arbeitskollegen halfen ihm sofort heraus. Die Feuerwehr, die vergeblich Wiederbelebungsversuche anstellte, brachte ihn nach dem Friedrichstädter Krankenhaus, wo nur noch der Tod festgestellt werden konnte.

Schwer verletzt wurde beim Zusammenstoß eines Personenautos mit einem Straßenbahnzug der Linie 10 an der Ecke Stern- und Lützowstraße der Beifahrer des Kraftwagens, der aus dem schwer beschädigten Wagen herausstürzte.

Eine Radfahrerin fuhr auf der Marienbrücke in einen Straßenbahnzug der Linie 8. Sie erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß sie nach der sofortigen Ueberführung ins Friedrichstädter Krankenhaus starb.

Festnahme eines Betrügers

Das Kriminalamt Dresden teilt mit:

Am 17. Juni 1927 wurde der 22 Jahre alte Schneidergehilfe Martin Schulze wegen Diebstahls und mehrfacher Betrügereien festgenommen. Schulze hatte im Laufe der vergangenen Woche im hiesigen Postscheckamt, wo er zwecklos herumlungerte, die Bekanntschaft einer 17 Jahre alten Arbeiterin gemacht, die dort regelmäßig für eine hiesige Firma Geld abholte. Er begleitete die Arbeiterin, der er einen falschen Namen angegeben hatte, wiederholt bis nach ihrer Arbeitsstätte und hatte durch die geführten Gespräche festgestellt, daß sie meistenteils größere Geldbeträge in ihrer Aktentasche bei sich führte. Am 17. Juni hatte das Mädchen erneut einen Betrag von 340 Mark abgehoben und auf dem Nachhausewege hatte sich Schulze ihr wiederum zugesellt. Er wußte das Mädchen zu bereden, mit ihm ihren Weg durch die Zwingeranlagen zu nehmen. Dort verstand er es, ihr unbemerkt die Aktentasche zu öffnen und das Geld zu stehlen, worauf er sofort die Flucht ergriff.

Mit dem gestohlenen Geld hatte sich Schulze sofort vom Kopf bis zu den Füßen neu eingekleidet, hatte sich einen Reisekoffer gekauft und wollte Dresden auf Nimmerwiedersehen verlassen. Kurz vor seiner Abreise konnte er aber festgenommen werden. In seinem Besitz befanden sich von dem gestohlenen Gelde noch 110 Mark.

Durch die weiteren kriminalpolizeilichen Feststellungen konnte dem Schulze noch ein Schrebergarteneinbruch in Vorstadt Löbtau nachgewiesen werden, wobei ihm unter anderem der Wochenlohn eines Arbeiters in die Hände gefallen war. Außerdem hat Schulze noch eine größere Anzahl Personen dadurch geschädigt, daß er ihnen versprach, aus gelieferten Stoffen billige Anzüge anfertigen zu können, während er die Stoffe sofort verkaufte oder verpfändete.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die zur Erholung untergebrachten Dresdner Kinder treffen aus Weilmünster (Taunus) am 24. Juni, 20,21 Uhr ein. Die Angehörigen werden ersucht, die Kinder zur genannten Zeit auf dem Dresdner Hauptbahnhof abzuholen.

Die Straßenbahner gegen die Zivilkontrolle

(Arbeiterkorrespondenz.)

Der Deutsche Verkehrsbund hatte für Dienstag den 21. Juni eine Protestversammlung in den Annensälen einberufen. Geladen und auch erschienen waren Vertreter der Direktion und des Verwaltungsrates. 600 Bedienstete der Straßenbahn, Tarifleute aus dem Fahrdienst sowie Beamte füllten den Saal. Ursache der Protestversammlung war, daß die Direktion der städtischen Straßenbahn beabsichtigt,

für Wagenführer die Zivilkontrolle

einzuführen. Seitens der freigewerkschaftlichen Betriebsräte und Beamtenausschußmitglieder wurde darüber Bericht erstattet. Die Zivilkontrolle soll darin bestehen, daß die Fahrmeister die Berechtigung erhalten sollen, die Wagenführer nicht nur in Uniform zu kontrollieren, sondern auch in Zivil. Die Maßnahme begründet die Direktion damit, daß bei der bisherigen Kontrolle „keine Gewähr" gegeben sei, daß dieselbe korrekt durchgeführt werden könnte, da der Aufsichtsbeamte in Uniform erkenntlich sei und dadurch bei eintretenden Zusammenstößen seitens der Gerichte die uniformierte Kontrolle als nicht genügend betrachtet werde.

In der anschließenden Debatte hagelten die Wortmeldungen nur so auf die Versammlungsleitung. In bewegten Worten der Redner wurde der Druck der Aufsichtsbeamten auf das Personal beleuchtet. Schon heute steht das Fahrpersonal unter der Zivilkontrolle, die aus der Kontrolle des fahrenden Publikums, der Fahrmeister, Kontrolleure, Assistenten, Hilfsfahrmeister und der Hilfskontrolle besteht. In nicht wiederzugebender Art wurde über Schikanen berichtet, die auf Grund des militärisch aufgezogenen Aufsichtsbeamtenkörpers der einzelne Schaffner oder Führer über sich ergehen lassen muß. Es kommt noch hinzu, daß bereits Personalakten für jeden angelegt sind, worin alle Vorkommnisse eingeheftet werden. Geldstrafen über alles Mögliche und Unmögliche sind an der Tagesordnung. Des weiteren wird seitens der Betriebsinspektion eine Kontrollkarte geführt, worin die kleineren Vergehen (vorzeitiges Abklingeln, vorzeitiges Umsetzen der Vorsatztüren, vorzeitiges Abschreiben der Schaffnerkarten, Rauchen im Wagen usw.) eingetragen und mit einer Rüge „geahndet" werden. Es wurde auch berichtet, daß es bereits jetzt vorgekommen ist,

daß sich Aufsichtsbeamte in Grundstücke einschließen ließen und von da aus die Führer beobachtet haben.

Die Redner hoben hervor, wenn nun noch den Fahrmeistern die Berechtigung der Zivilkontrolle eingeräumt werde, daß dann der Druck noch stärker fühlbar wird und

die Korrektionsanstalt sei fertig.

Die Versammlung war einmütig der Meinung, daß genügend Kontrolle vorhanden ist, gewünscht wird eine bessere Behandlung seitens der Aufsichtsbeamten. Die Leitung des Verkehrsbundes hatte in verschiedenen Städten Deutschlands Umfrage betr. der Zivilkontrolle gehalten und es war zu berichten, daß dort, wo Großstädte wie Berlin, Hamburg und Köln die Zivilkontrolle besitzen, auch dort die Belegschaften nichts Gutes darüber berichten. Der Vertreter der Direktion ergriff ebenfalls das Wort und betonte, daß die Direktion mit der Einführung der Zivilkontrolle nur im Interesse der Führer handele. Die Redner verstanden aber sehr wohl, was die Zivilkontrolle bedeutet und waren nicht seiner Meinung. Aus der Mitte der Versammlung wurde die Resolution eingebracht, die wir gestern bereits abdruckten und die einstimmige Annahme fand.

Johannes R. Becher (KPD), (Verfasser von „Levisite"),
Dr. Neurath, Wien (SPOe),
Tsi Lun, China
sprechen Dienstag, den 28. Juni, 20 Uhr im Künstlerhaus

gegen den imperialistischen Krieg!

Hand- und Kopfarbeiter! Erscheint in Massen!

Sozialistischer Studentenbund

Rundfunk

Freitag, den 24. Juni:

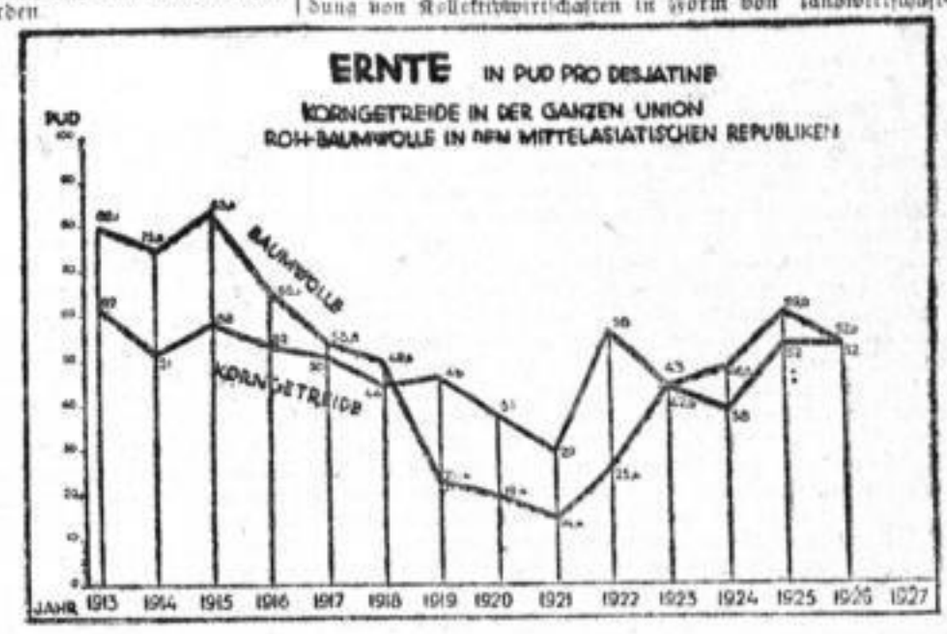
16,30—18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Sinfonieorchesters. Dirigent: Dr. F. K. Duske.
18,05—18,30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studienrat Friebel und Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene.
19—19,30 Uhr: Dr. Heutz: „Bachs Kunst der Fuge." 2. Vortrag.
19,30—20 Uhr: Vortragsreihe: „Die Bedeutung der Geschichte." 2. Vortrag. Prof. Dr. Hans Driesch.
20 Uhr: Wettervoraussage, Zeitangabe und geschäftliche Mitteilungen.
20,15 Uhr: Musikalische Akademie. Mitwirkende: Eugen Transky (Gesang), Berlin, Claudio Arrau (Klavier), Berlin, Edgar Wollgandt (Violine), 1. Konzertmeister des Gewandhaus-Orchesters. Begleitung: Alfred Simon.
22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

Voraussichtliches Wetter am 23. und 24. Juni. Wechselnd bewölkt, vorübergehend strichweise gewitterartige Niederschläge. Temperatur tagsüber bis auf gemäßigte Wärme ansteigend. Erzgebirge: Temperatur gemäßigt kühl. Zeitweise lebhafte

Der sozialistische Aufbau der Sowjetunion

10 Jahre Landwirtschaft

Es sind uns allen noch die Jahre des Bürgerkrieges in Erinnerung, als die antibolschewistische Liga gegen die Sowjetregierung hetzte und ihre größten Trümpfe damit ausspielte, daß die Anbaufläche in Rußland, einem typischen Agrarland, nach der Revolution immer mehr zurückging. Als infolge einer Naturkatastrophe die Hungersnot einsetzte, da triumphierten die Feinde der Arbeiterklasse. Jene Zeiten sind längst dahin. Die Sowjetunion exportiert jetzt Getreide ins Ausland, die Anbaufläche hat diejenige der Vorkriegszeit bereits erreicht.



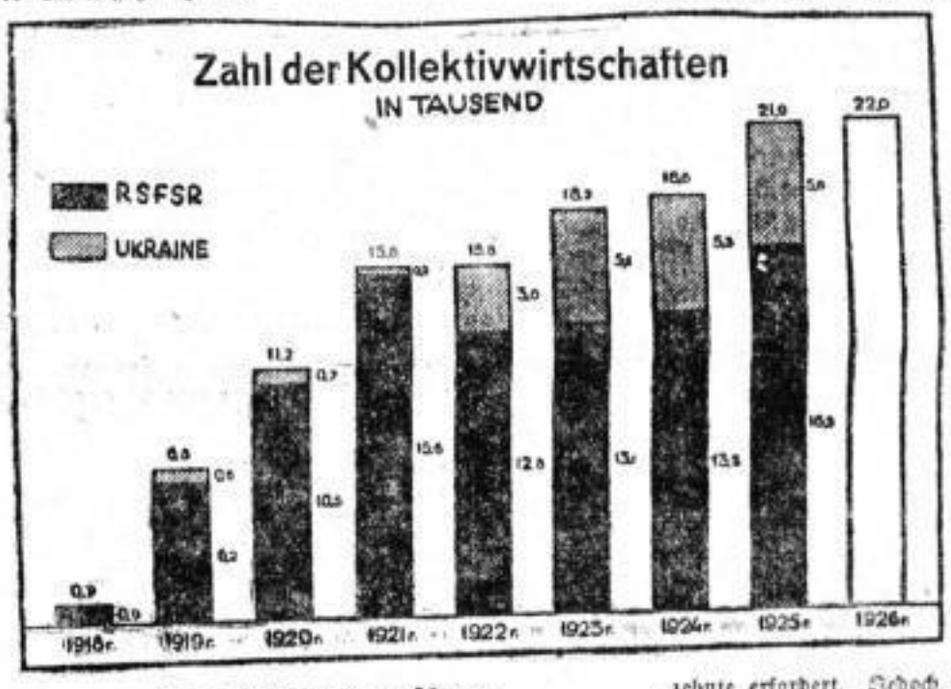
Der gesamte Ertrag von Korngetreide in der USSR. überschreitet die Zahl von 5 Milliarden Pud (1 Pud = 16 Kilo).

Der Rückgang in der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten, über den die Weißgardisten und Menschewisten jeder Art wiederholt frohlockt haben, hat seine Ursache in der veränderten Lebenslage der Bauernschaft. Der „Muschik", der von den drückenden Lasten und Abgaben freigeworden ist, ißt nicht mehr Brot mit Häcksel, wie unter dem Zaren, sondern konsumiert selbst viel Getreide und füttert sein Vieh gut. Wenn die Gesamternte momentan das Vorkriegsniveau bereits erreicht hat, so bleibt die Warenmenge der landwirtschaftlichen Produkte infolge des gesteigerten Konsums hinter der Vorkriegszeit zurück.

Kollektivisierung der Landwirtschaft

Jedoch die Zahlen über die Produktions- und Ernteverhältnisse der Sowjetunion allein geben kein wahres Bild über den Zustand der Landwirtschaft in den Sowjetrepubliken und die Bemühungen der Sowjetregierung auf diesem Gebiete. Eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung besteht von Anfang an in der Vergesellschaftung der Landwirtschaft durch Bildung von Kollektivwirtschaften. Selbstverständlich ist die Vergesellschaftung der gesamten Landwirtschaft in einem riesigen Agrarland, wie es die USSR. ist, ein langwieriger Prozeß, der einige Jahrzehnte erfordert. Jedoch sind bereits in dieser Hinsicht bedeutende Fortschritte erzielt worden.

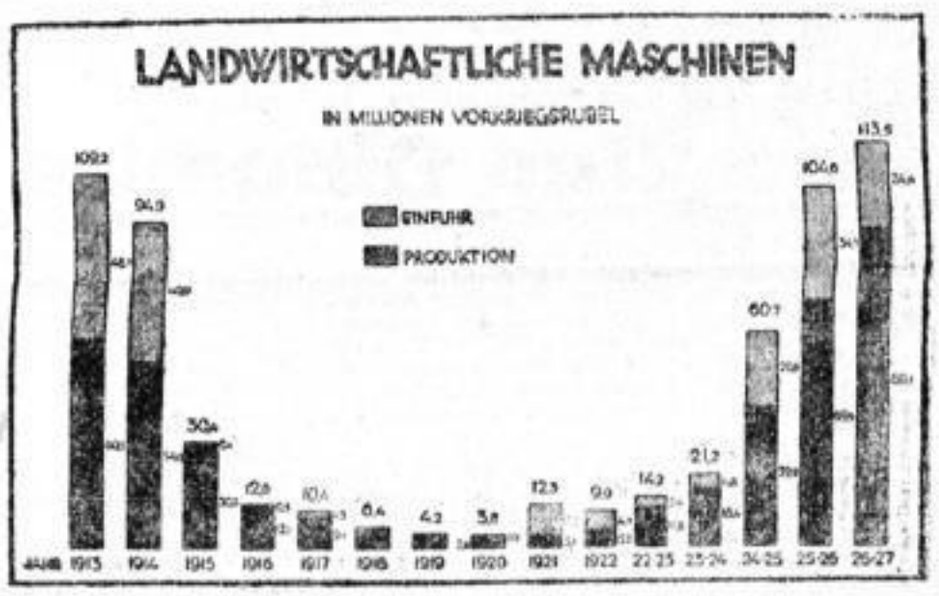
Der Prozeß der Kollektivisierung der Landwirtschaft setzt gleich nach der Oktober-Revolution, nach der Nationalisierung des Grund und Bodens und der Vertreibung der Gutsbesitzer ein. Im Jahre 1921 bestanden bereits etwa 16 000 Kollektivwirtschaften in der Landwirtschaft. Nach der Einführung der NEP. sehen wir einen Rückgang der Kollektivwirtschaften in der NFSSR. (Europäisches Rußland ohne die Ukraine). Das hat seine Ursache darin, daß viele der Kollektivwirtschaften, die in der Zeit des Kriegskommunismus gebildet waren, keine genügende Wirtschaftsbasis hatten. Erst nach der Einführung der NEP. beginnt eine planmäßige und stets zunehmende Bildung von Kollektivwirtschaften in Form von landwirtschaftlichen Kommunen, sogenannten landwirtschaftlichen Artells und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Wenn der Prozentsatz der Bauernmasse, die von den Kollektivwirtschaften erfaßt ist, noch an und für sich verhältnismäßig klein ist, so spielen diese Kollektivwirtschaften eine bedeutende Rolle durch die Arbeitsmethoden und die kulturellen Fortschritte, die für die privaten Bauernwirtschaften vorbildlich wirken.



Maschinisierung der Landwirtschaft

Für die Umwälzung, die sich in den letzten Jahren des Sowjetregimes im russischen Dorfe und somit auch in der Gesamtwirtschaft des Landes vollzogen hat, zeugt am besten die Tafel, die die Einfuhr und die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen zeigt. Im zaristischen Rußland wurde fast die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Maschinen aus dem Auslande eingeführt, entsprechend der Abhängigkeit Rußlands vom ausländischen Kapital. Der Weltkrieg bringt einen jähen Sturz im Maschinenbau und unterbindet fast ganz die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. Inmitten der allgemeinen Verarmung des Landes bleibt der russische Bauer fast ganz und gar auf die primitiven Werkzeuge angewiesen, mit denen schon sein Urgroßvater gearbeitet hat. Der Bürgerkrieg und die Blockade durch die Konterrevolution schneiden die Einfuhr vollkommen ab und setzen die Eigenproduktion noch weit herab. 1921 beginnt der Aufschwung, zuerst langsam, dann geht er immer rascher und rascher. Die Bauernmasse, bereichert durch die politischen Erfahrungen der vier Jahre Sowjetrepublik und kulturell in ihren Ansprüchen gehoben, verlangt stürmisch nach landwirtschaftlichen Maschinen. Im Jahre 1926-27 überflügelt die Versorgung des Dorfes mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten bereits das Vorkriegsniveau. Dabei ist das Verhältnis von Eigenproduktion und Einfuhr besonders kennzeichnend. Die Eigenproduktion von landwirtschaftlichen Maschinen ist nunmehr soweit fortgeschritten, daß trotz des gesteigerten Bedarfes des Dorfes die Einfuhr von Maschinen aus dem Auslande 1926-27 kaum die Hälfte des Importes im Jahre 1913 beträgt. Die Eigenproduktion von landwirtschaftlichen Maschinen, die im letzten Vorkriegsjahr kaum 60 Prozent des Gesamtbedarfes betrug, ergibt jetzt bereits etwa 80 Prozent der landwirtschaftlichen Maschinen, — ein Sieg der Sowjetpolitik, die dahin geht, sich von den imperialistischen Ländern möglichst unabhängig zu machen.

Den Sowjetrepubliken gelingt es, trotz aller Schwierigkeiten und Bedrohungen von außen, die Wirtschaft selbständig aufzubauen. Eine Tabelle, wie die hier abgebildete, über die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen, redet lauter und vernehmlicher als alle Chamberlain-Noten imstande wären, zu übertönen, dafür, daß die Arbeiter- und Bauernrepubliken sich vor den Kriegsrüstungen und Kanonen der Imperialisten nicht zu fürchten brauchen. Die Antwort, die die werktätigen Massen der Sowjetunion auf den Abbruch der Londoner Beziehungen zu der Sowjetregierung, auf die Ermordung des Genossen Wojkow und die frechen Vorstöße der Konterrevolution gegeben haben, illustriert das Bewußtsein der eigenen Kräfte und der bereits erlangten Errungenschaften, die ihren Ausdruck finden in Zahlen und Tafeln wie die hier abgebildeten.

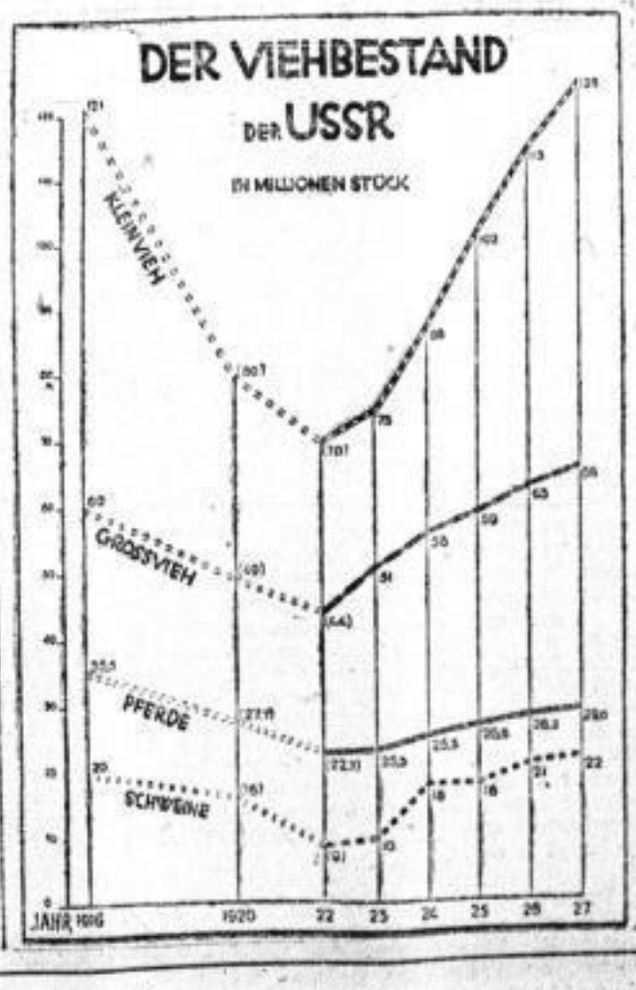


Der Wiederaufbau

Der stetige Wiederaufbau der Landwirtschaft ist das beste Anzeichen für die Wiederherstellung des Landes. Unsere Abbildung zeigt den Rückgang der Anbauflächen in den Kriegs- und Revolutionsjahren. Am schmerzlichsten wurde die Landwirtschaft der Sowjetrepubliken von den zwei aufeinanderfolgenden Mißernte-Jahren 1920-21 getroffen. In den zwei Jahren, die auf die katastrophale Hungersnot an der Wolga folgten, war die Anbaufläche auf 16,1 Millionen Desjatinen (eine Desjatine ist etwas größer als ein Hektar) herabgesunken. Der gesamte Ertrag an Korngetreide betrug 1921 knapp zwei Milliarden Pud.

Der Bürgerkrieg ist 1921 zu Ende, nach der Einführung der neuen ökonomischen Politik kommt das Jahr 1922 mit der guten Ernte, und die Wiederherstellungsperiode beginnt. Eine Verzögerung tritt infolge der Ernteverhältnisse 1923-24 ein. Von 1925 an vollzieht sich das Wachstum der Anbauflächen in raschem Tempo. Ebenso wächst der durchschnittliche Ertrag pro Desjatine. Hat aber die Anbaufläche das Vorkriegsniveau bereits erreicht, so bleibt der Ernteertrag noch etwas hinter dem Jahre 1913 zurück. Die Bemühungen der Sowjetregierung gehen dahin, durch Rationalisierung des Ackerbaues, durch Liquidierung der primitiven Arbeitsmethoden die Wirtschaft zu heben. Dafür gibt die Sowjetregierung jährlich riesige Summen aus.

Denselben Fortschritt zeigt der Viehbestand der USSR. Katastrophal war der Viehbestand im Hungerjahre 1921-22. Von 1922 ab befinden sich alle Zweige der Viehzucht in beständigem Wachstum. Verhältnismäßig am langsamsten entwickelt sich, der Natur der Sache entsprechend, die Pferdezucht. Die Sowjetregierung fördert sowohl die Pferdezucht wie auch alle übrigen Zweige der Viehzucht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.



Industriepflanzen

Eine bedeutende Rolle für die Entfaltung der Landwirtschaft der Sowjetunion spielt die Frage des Anbaus von Industriepflanzen, wie Baumwolle, Zuckerrüben, Flachs usw., der Produkte, die den Warencharakter der Landwirtschaft in erster Linie bestimmen. Grade diese Kulturen waren es, die unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Zerrüttung in den Jahren des Bürgerkrieges am stärksten zurückgegangen waren. Während die Anbauflächen für Korngetreide um ein Drittel zurückgegangen waren, verringerte sich die Anbaufläche von Zuckerrüben um das Dreifache und von Baumwolle um das Vierfache. In den letzten Jahren entwickelt sich der Anbau von Industriepflanzen in einem raschen Tempo. Be-

Ueber
Die Arbeitsschule Sowjetrußlands
spricht **Sonnabend, den 20. Juni 1927, 20 Uhr, Frau Marie Steinfant, Moskau (Wissenschaftlicher Beirat im Kommissariat für Volksaufklärung der Sowjetunion), in Hollacks Festsälen, Dresden-A., Königsbrücker Straße**

Aus Dresdner Gerichtssälen

Der „Rechtsreformer" Müller-Heim vor Gericht

Nach dem Kriege fanden sich in allen Orten und Oertchen Reformer der verschiedensten Natur. Alle wollten sie angeblich der notleidenden Menschheit helfen. Jeder dieser Reformer hatte sein Spezialfach. Daß sie nur irgendwelche Begleiterscheinungen des kapitalistischen Staates bekämpften, versteht sich, denn sie sind doch Anhänger und auch Nutznießer des Staates! So stellte sich auch im Laufe der letzten Jahre immer mehr und mehr heraus, daß die meisten dieser „Idealisten" die erbärmlichsten egoistischen Subjekte waren und sind.

Müller-Heim ist vielen unserer Leser durch seine Vorträge, die er in Dresden hielt, bekannt. Er hatte sich am Montag vor dem gemeinsamen Schöffengericht wegen Betrugs, wissentlich falscher Anschuldigung in vier Fällen und Beleidigung in zwei Fällen zu verantworten. Müller-Heim, der bereits wiederholt vorbestraft ist, hatte es längere Zeit verstanden, das Vertrauen breiter Kleinbürger und Arbeiterschichten zu erobern, das er dann in skrupelloser Weise mißbrauchte. So hatte er beispielsweise einer Frau, deren Mann wegen fahrlässiger Tötung eine Haftstrafe absaß, 50 Mark abgeschwindelt, indem er ihr erklärte, ihren Mann durch ein Gesuch sofort freizubekommen. Der Angeklagte wußte, daß die Revision des in Haft Sitzenden, der von Dr. Fleischhauer vertreten war, abgelehnt war. Der Mann blieb denn auch in Haft. Ehlitzsch — so heißt der wegen fahrlässiger Tötung Bestrafte, verlangte von Müller-Heim die Zurückzahlung des erschwindelten Geldes. Das veranlaßte Müller-Heim, gegen Ehlitzsch wegen versuchter Erpressung und wegen Betrugs Anzeige zu erstatten, gleichzeitig aber auch gegen Dr. Fleischhauer bei der Staatsanwaltschaft, indem er die unwahre Behauptung aufstellte, dieser habe die Revisionsbegründung erst nach Ablauf der Rechtsmittelfrist eingereicht und dadurch seinen Klienten um die Kosten des Termins und die Reisekosten betrogen. Aehnlich lagen die anderen Fälle. Müller-Heim führte in außerordentlich gerissener Weise seine Verteidigung.

Die Verhandlungen zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. In der 21. Stunde wurde das Urteil gefällt. Gemäß der Anklage lautete es auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust.

In der Begründung heißt es u. a.: Die Schuld des Angeklagten wird für voll erwiesen angesehen. Die Anzeigen hat er nur zur Befriedigung seines Rachebedürfnisses erstattet. Wenn dem Angeklagten etwas an dem anderen nicht in den Kram paßte, so ist er skrupellos, gegen ihn vorgegangen, um ihn ins Gefängnis zu bringen. Er hat in schamloser Weise die Ehre seiner Mitmenschen durch den Dreck geschleift. Seine Gesinnung ist eine niedrige, gemeine und verwerfliche.

So hat jetzt das Gericht Müller-Heim gerichtet — in den Augen der Arbeiter war er es schon lange!

Ein ärztliches Zeugnis

Am 7. März sollte sich der Kaufmann und Vertreter Kurt Martin Wolf wegen Unterschlagung und Betrugs vor dem Amtsgericht Dresden verantworten. Der im Anfange der vierziger Jahre Stehende suchte am Terminstage morgens einen Arzt auf, klagte über Hals- und andere Schmerzen und bat um Ausstellung eines Zeugnisses. Der betreffende Arzt bescheinigte, daß Wolf seit 3. März krank sei und Bettruhe benötigte. Im Termin war aber die inzwischen geschiedene Ehefrau anwesend, wodurch das Gericht Kenntnis erlangte, daß der Angeklagte gar nicht ernstlich krank sei. Die kriminellen Erörterungen bestätigten dies später. Der betreffende Arzt, der die damals geforderten 4 Mark Honorar heute noch nicht erhalten hat, bekam wegen Vergehens nach § 278 StGB einen Strafbefehl über 60 Mark zugestellt, er hat sich dem unterworfen, und die Geldstrafe auch bezahlt. Aber auch Wolf erhielt einen Strafbefehl wegen Vergehens nach § 279 StGB über 90 Mark oder einen Monat Gefängnis, erhob dagegen Einspruch und wurde nunmehr vom Amtsgericht zu 100 Mark Geldstrafe oder zwanzig Tagen Gefängnis verurteilt. Als Zeuge gab der betreffende Arzt zu, damals leichtsinnig das Zeugnis ausgestellt zu haben. Der Gerichtsarzt erklärte als Sachverständiger, daß der Angeklagte sehr wohl zu der Verhandlung hätte kommen können, wenn er dies nur gewollt.

Bestechungsversuch zugunsten des Freundes

Der 1879 zu Chemnitz geborene Oberverwaltungsinspektor der Kreishauptmannschaft Leipzig, Ernst Rudolf Hennig mußte sich wegen eines Vergehens nach § 333 StGB vor dem Schöffengericht Dresden verantworten. Der Angeklagte war im März gelegentlich eines Besuches in Dresden im Polizeipräsidium erschienen, und hatte dort in der Abteilung für Kraftfahrwesen zwei Beamte aufgesucht und Nachfrage gehalten, ob sie nicht gegen eine Vergütung von 10 Pfennig die Adressen der neuen Kraftfahrzeugbesitzer seinem Freunde vermitteln wollten, der als Vertreter einer Versicherungsgesellschaft ein lebhaftes Interesse daran habe, bei neuen Autobesitzern möglichst zuerst vorzusprechen. Dieserhalb war Hennig wegen eines Bestechungsversuches zur Anzeige gebracht worden. Da er bei dieser beabsichtigten Vermittlung keinerlei Vorteile erlangt haben würde, und vorgab nur einem von der Konkurrenz hart bedrängten Freund helfen zu wollen, erkannte das Gericht auf nur 50 Mark Geldstrafe.

Reisender — nicht Hausierer

Eine Käsegroßhandlung hatte einen gewissenhaften und fleißigen Reisenden gegen ein monatliches Gehalt von 250 Mark angestellt, der neue Kunden für die Ware seiner Firma werben sollte. Dabei wurde seine Fähigkeit außerordentlich genau kontrolliert. Art, Zahl und Stimmung der besuchten Geschäftsinhaber mußten täglich schriftlich mitgeteilt werden. Trotz der anstrengenden Arbeit war infolge der Wirtschaftslage und der Tatsache, daß die Firma nicht eingeführt war, die Tätigkeit nicht von besondrem Erfolge gekrönt. Daraufhin verlangte die Firma von dem Reisenden, daß dieser neben den Mustern auch Käse zum sofortigen Verkauf mitnehmen solle. Dies sah der Reisende als Hausierertätigkeit an und lehnte dies ab. Der Unternehmer warf ihn wegen „Arbeitsverweigerung" auf die Straße. Obgleich der Großhändler diese Art Hausierhandel als „ganz moderne Verkaufsmethode" hinzustellen versuchte, stellte sich das Gericht auf den Standpunkt des Reisenden, und der Herr Käsegroßhändler mußte, um nicht verurteilt zu werden, einen Vergleich über 275 Mark abschließen.

Aus Ostsachsen

Vom Tode des Ertrinkens gerettet

Freital. Am Sonntag gegen 17 Uhr rettete der 11jährige Heinz Philipp aus Freital-Birkigt das 6jährige Mädchen Wolf, ebenfalls aus Freital-Birkigt, vom Tode des Ertrinkens. Das Mädchen war aus noch unbekannter Ursache im Bade von Hänsch ins Wasser gefallen, und der kleine Philipp sprang sofort beherzt nach und rettete so das Mädchen vom sicheren Tode des Ertrinkens. Ein Bravo dem jugendlichen Schwimmer und Retter!

Schulfest Leuben. Seit langer Zeit wird von der Elternschaft der 66. Volksschule der Wunsch gehegt, daß seit ungefähr 30 Jahren nicht mehr stattgefundene Schulfest wieder abzuhalten. Die Lehrerschaft und der Elternrat haben in ihrer letzten Sitzung beschlossen, dieses Jahr ein Schulfest zu arrangieren, und zwar soll dasselbe am 28. August auf dem städtischen Sportplatz an der Königsallee stattfinden. Die dazu erforderlichen Vorbereitungen sind bereits im Gange. Um eine derartig große Veranstaltung zu einem schönen Fest zu gestalten, ersucht die Lehrerschaft und der Elternrat alle Einwohner um Unterstützung. Der Ausschuß.

*

Furcht vor der Oeffentlichkeit

Schönfeld. Ein Skandal, wie er wohl selten dagewesen ist. Geheime Sitzung mit vollständig öffentlichen Tagesordnungspunkten. Hier wird den Wählern so richtig demonstriert, was demokratischer Parlamentarismus bedeutet. Offensichtlich ist es der anhaltend starke Besuch gewesen, der dem schwarzen Bürgerblock diese Furcht einflößte. Vielleicht auch der Einfluß der dreimal verfluchten Arbeitervertreter, die durch ihre Tätigkeit zeigten, was möglich ist, und was die Bürgerlichen auf alle Fälle verhindern wollten. Ihr Einwohner sollt eben „Maul halten", „durchhalten" und „Steuern zahlen", um andere Sachen habt ihr euch nicht zu kümmern. Und tut ihr es dennoch, dann kommt der übliche Maulkorb und ihr bleibt draußen im Dunkeln. Nun fragen wir euch, wollt ihr euch das gefallen lassen? Soll es so weiter gehen? Wollt ihr es so haben, wie im finstersten Mittelalter? Wir glauben das nicht. Habt ihr vielleicht gewählt, damit man euch dann im Dunkeln das Fell über die Ohren zieht? Immer raus an die Oeffentlichkeit.

Ihr müßt es mit uns gemeinsam verlangen.

Stellt euch geschlossen hinter die Vertreter der Arbeiterliste. Wir werden eine Einwohnerversammlung einberufen und dazu Stellung nehmen. Ihr Einwohner sollt entscheiden, wer bisher Recht gehabt hat, und ob euch die Bürgerblockmethoden in Schönfeld gefallen oder nicht. Wir werden Bericht geben über die Tätigkeit der Verordneten seit 1. Januar 1927. Gerade in dieser geheimen Sitzung wurden Dinge behandelt, die die Einwohnerschaft stark interessiert. Wir als Arbeitervertreter haben die Pflicht, diese vollständig ungesetzlichen Machenschaften des schwarzen Blocks zu unterbinden. Helft uns, und wir werden es schaffen. Erscheint zahlreich. Nähere Mitteilungen erfolgen noch. Ein Arbeitervertreter.

*

Elternratswahlen in Meißen.

Meißen. Bei den am Sonntag für die hiesigen Volksschulen abgehaltenen Elternratswahlen wurden 28 Vertreter der weltlichen und 26 Vertreter der christlichen Weltanschauung gewählt.

Die große Kommunistenreinigung in Kmehlen

(Arbeiterkorrespondenz.)

Auf diesem „Kaff" sind bisher nie kommunistische Stimmen abgegeben worden. Bei der letzten Landtagswahl sind nun durch Agitation 6 Stimmen für die KPD abgegeben worden, was natürlich in den Schädeln allgemeine Erregung erzeugte und die Frage stand wer —? Man suchte nun eifrig nach diesen Roten und hat dabei keine Mittel und Wege gescheut. Verschiedene Einwohner, die eventuell in Frage kamen, hat man boykottiert, einem Kleinhandwerker (Korbmacher) entzog man die Arbeit usw. Endlich hatte man den sogenannten „Roten Führer" und seine Anhänger entdeckt. Drei von diesen (Dienstknechte auf dem Rittergut Baselitz, Kmehlen) sind schon im Januar entlassen worden. Nun gings an die Arbeit, den „Roten Führer" aus dem Dorfe zu entfernen. Die Bauern von Kmehlen machten den Verwalter des Rittergutes Baselitz verantwortlich, daß der Genosse noch in der Gemeinde beschäftigt ist. Man machte schon im April dieses Jahres den Versuch, den Genossen zu entfernen, da er aber ein guter Arbeiter und man sonst keine Gründe fand, blieb er noch. Trotz alledem machte man weitere Versuche. Die Gendarmerie, welche dort zuständig ist, warnte ihn vor weiterer kommunistischer Propaganda, er sollte es aufgeben, die Gemeinde des weiteren auf den Kopf zu stellen, sonst würde seine sofortige Verhaftung erfolgen —! (Kommentar überflüssig.) Als der Genosse vom letzten Roten Pfingsttreffen aus Berlin zurückkam, ist er nun sofort entlassen worden. Als Grund wurde Nichteignung für die landwirtschaftliche Arbeit angegeben.

Landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen von Kmehlen, laßt euch durch diese Vorgänge nicht irremachen. Gebt nicht nur eure Stimme bei den künftigen Wahlen den Vertretern eurer Interessen, der Kommunistischen Partei, sondern werdet auch klassenbewußte Arbeiter, organisiert euch im Landarbeiterverband. Werdet Leser der Arbeiterstimme und Mitglieder der KPD.

*

Arbeitervereine in der Bürgerfront

(Arbeiterkorrespondenz.)

Schmölln. Am 12. Juni fand in unserem Orte die Einweihung der neuen Turnhalle des Deutschen Turnvereins statt. Die Feier bestand aus Kommers, großem Umzug durch den Ort und sonstigem Klamauk. Wundert man sich schon darüber, daß in einem ausgesprochenen Arbeiterorte es überhaupt einem Deutschen Turnverein gibt, so staunt man noch mehr, wenn man erlebt,

daß der Arbeitergesangverein sich dieser Gesellschaft zur Verfügung stellt.

Zum Kommers bot der Arbeiterverein neben den bürgerlichen Sängern „neutrale" Frühlingslieder. Arbeiter von Schmölln! Schämt ihr euch nicht dieses Verhaltens? Am Sonntag zum Festzug konnte man wieder eine schöne Einheitsfront feststellen. Da marschierte neben allen bürgerlichen Vereinen, u. a. die Heimatfreunde, der Militärverein auch gleich der Volkssängerchor Schmölln. In den Reihen dieses Arbeitervereins befanden sich Leute, die sich immer brüsten, daß sie schon 25 bis 30 Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert seien. Es ist geradezu ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterbewegung! Sagt ihr Arbeiter, die ihr wie getreue Hunde hinter dem Bürgertum herrennt, wißt ihr nicht mehr, welche Kluft euch von diesen Leuten trennt? Erkennt endlich, daß ein Arbeiterverein einen großen Strich zwischen sich und seinem Feinde, den bürgerlichen Organisationen ziehen muß. Denkt nicht, weil das Reichsbanner aus allen Lagern zusammengesetzt ist, daß dieses Zusammengehen Arbeitervereinen ebenfalls Grundsatz sein kann! Den aufgeklärten Arbeitern, die durch diesen Fall aus dem Arbeitergesangverein austreten wollen, rufen wir aber zu: Bleibt im Volkssängerchor und sorgt dafür, daß auch die 25 bis 30 Jahre politisch Organisierten auch politische und gewerkschaftliche Grundsätze anerkennen lernen.

*

Neukirch (Lausitz). Sonnabend den 25. und Sonntag den 26. Juni wird der Reichsarbeitersporttag hier abgehalten. Sonnabend 20 Uhr findet im Hofgericht Kommers statt. Neben turnerischen, athletischen und sonstigen Aufführungen wird die Enthüllung eines roten Banners vorgenommen. Sonntag von 7 Uhr beginnen auf dem Sportplatze die sportlichen Veranstaltungen, 13.30 Uhr Demonstrationszug durch den Ort. Von 17 Uhr an Festball. Das Festzeichen beträgt 40 Pf. und berechtigt zum freien Eintritt bei sämtlichen Veranstaltungen, auch für den Sonnabend. Sportgenossen und -genossinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen von Neukirch und Umgebung, beteiligt euch massenhaft an diesen Veranstaltungen. Darum nochmals: Genossen, Genossinnen, alle nächsten Sonnabend ins Hofgericht.

Arbeitersport

Arbeitersportler! Sportgenosse!

kzd. Du weißt, daß du Sport treibst, um an Körper und Geist zu gesunden und dich zu stählen für die eigene Befreiung und für den Kampf um die Befreiung deiner Klassengenossen aus den Fesseln der kapitalistischen Unterdrückung.

Weißt du auch, daß all' dein Ringen und Streben um Gesundheit und Kraft zunichte gemacht wird durch die Gewöhnung an alkoholische Getränke? Weißt du, daß schon kleine Mengen von Alkohol deine Leistungen ungünstig beeinflussen?

Du hast dich befreit von vielen üblen Gewohnheiten der spießerhaften Umgebung und suchst Erholung und Freude in der Natur und bei fröhlichem Treiben. Hast du dich auch von dem größten Heuchler und Betrüger, von dem Feinde wahrer Freude und edlen Fortschrittes, — dem Alkohol —, befreit? Der paßt nicht zu Sport und Spiel; denn er verseucht Körper und Geist.

Du kennst das Wohlgefühl des gesunden Körpers in guter, reiner Luft. So laß den Suff jenen Spießern, die in verqualmten Buden um ihren Stammtisch zu hocken gewohnt sind. Du hast das rechte Mittel zu Freude und Frohsinn in deinem Sport. Du brauchst nicht Berauschung und Betäubung durch ein Gift, das schweren Schaden bringt. Der Alkohol macht dich zum Sklaven schlechter Gewohnheiten und hindert dich daran, deine Kräfte für eine Verbesserung deiner Lage einzusetzen. Schon in früherer Zeit diente er in der Hand skrupelloser Eroberer der Unterdrückung und Vernichtung ganzer Völkerstämme. Heute wird unter seiner Mitwirkung die unterdrückte Masse der Menschheit weiter in Not und Elend gehalten.

Du bist stolz auf deine gesunde Lebensauffassung und den freien Sinn, den dir der Sport gibt. So sei auch zu stolz, um dich durch unwissende oder gedankenlose Menschen, auch wenn sie sich deine Freunde nennen, zum Trinken verlocken zu lassen.

Es zeugt nicht von Kraft, mitzuhalten, wenn andere von ihren schlechten Sitten nicht lassen können. Es ist aber tapfer, das einmal für richtig Erkannte trotz dem Spott und schlechtem Beispiel der Menge durchzusetzen.

Also: Vergiß nie, daß der Alkohol der Feind deiner körperlichen und geistigen Gesundheit und der beste Verbündete deiner Klassenfeinde ist! Dr. W. Littwitz, Sportarzt.

Leichtathletik

Einen Werbelauf „Rund um die innere Neustadt"

veranstalten am 26. Juni die Dresden-Neustädter Sportler, die einen guten Namen haben. In idealster Form ist bei diesem Lauf die Idee der Werbung gelöst, indem das Laufgebiet sich nur auf die belebten und starkbevölkerten Stadtteile des rechtsseitigen Dresdens beschränkt. Im Verein mit einem Massenaufgebot aktiver Sportler können somit dem Arbeitersport neue Streiter gewonnen werden. Man rechnet mit einer Beteiligung von 400 bis 500 Sportlern.

Werbestaffel in Meißen

Das gute Vorbild, das die großen Sportbezirke mit ihren von bestem Erfolg begleiteten Werbeläufen gegeben haben, findet nun auch in den anderen Bezirken begrüßenswerte Nachahmung. So findet am Vormittag des 26. Juni in Meißen die Bezirkswerbestaffel des 11. Bezirkes statt. Ebenso wie in Dresden bildet der Elbstrom, der durchschwommen werden muß, den interessantesten Punkt in der sich über 7,5 Kilometer ausdehnenden Stafette. Da die Veranstaltung offen für den ganzen Kreis ist, steht zu erwarten, daß die Teilnehmerzahl eine starke ist. Für Meißen bildet sie einen sportlichen Höhepunkt noch nicht erreichter Art. kzd.

Ballspiele

Vereinsspielleiter! Denkt an den Spielleiterkursus. Sendet die Meldungen sofort ein! — Drückt euch deutlicher aus bei Spielabsagen. Ein Verein schreibt einige Spieler hätten Störungen. Was ist das? Solche Absagen sind ungültig.

Raffballserie: Die 1. Runde steht vor dem Abschluß. Die Tabelle der 1. Klasse zeigt wie erwartet Heidenau 1 an 1. Stelle. Wider Erwarten ist Zschachwitz und Niedersedlitz am Schwanz zu finden. Zschachwitz hat die Möglichkeit sich noch eine Stelle höherzuarbeiten. — In der 2. Klasse steht Lockwitz vorn. Allerdings sind noch allerhand Verschiebungen möglich. — In der Jugendklasse ist wiederum Heidenau 1, die sich an die Spitze gearbeitet hat. Daran wird sich nichts ändern.

Spielformulare fehlen noch von folgenden Spielen: 82, 85, 93, 94 und 104. Diese müssen sofort eingesandt werden!

Ausfallende Spiele sind die Nr. 88, 98 und 103 im Serienheft.

Proteste. Einige Mannschaften konnten es nicht lassen, wegen kleinen Sachen zu protestieren. Nur ein Protest konnte anerkannt werden. Nr. 55 Heidenau 1b—Dohna, anerkannt. Nr. 79 Niedersedlitz 1—Dohna 1, abgelehnt. Nr. 84 Zschachwitz 1 Jgd.—Niedersedlitz 1 Jgd., abgelehnt. Nr. 95 Niedersedlitz 1 Jgd.—Pirna 1 Jgd., abgelehnt. Nr. 100 Heidenau 2 Jgd.—Lockwitz 1 Jgd., zurückgezogen.

Neuangesetzte Spiele: 2. Juli: Dohna 1—Heidenau 1b 18 Uhr (Zschachwitz) Nr. 55. 3. Juli: Zschachwitz 2 Jgd.—Heidenau 2 Jgd. 9 Uhr (Kreischa) Nr. 66. Niedersedlitz 1 Jgd.—Lockwitz 1 Jgd. 9 Uhr (Dohna) Nr. 105. 10. Juli: Niedersedlitz 1 Jgd.—Kreischa 1 Jgd. 9 Uhr (Pirna) Nr. 106. 9. Juli: Zschachwitz 1—Dohna 1 19 Uhr (Heidenau) Nr. 62. 16. Juli: Zschachwitz 2 Jgd.—Kreischa 1 Jgd. 19 Uhr (Niedersedlitz) Nr. 102. 17. Juli: Zschachwitz 1 Jgd.—Kreischa 1 Jgd. 14 Uhr (Heidenau) Nr. 97. Die Vereine und Schiedsrichter werden nicht besonders benachrichtigt!

Handball: Pirna und Zschachwitz melden je eine Vollmannschaft. Das 1. Spiel beider Mannschaften endete 2:2.

Tabelle der 1. Klasse am 18. Juni

	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Punkte	Torzahl
Heidenau 1	3	3	—	—	6:0	30:7
Heidenau 1b	2	1	—	1	3:1	10:4
Dohna	2	1	1	—	2:2	7:14
Niedersedlitz	4	1	3	—	2:6	8:24
Zschachwitz	3	—	2	1	1:5	7:22

Tabelle der 2. Klasse am 18. Juni

Lockwitz	3	3	—	—	6:0	12:8
Zschachwitz 2	3	1	1	1	3:3	44:5
Kreischa	2	1	1	—	2:2	7:6
Zehista	3	—	2	1	1:5	7:11
Maxen	1	—	1	—	0:2	0:0

Turnspiele Oberlausitz

Zittau 1—Löschwitz 1 8:6 (4:6). Bei Zittau flottes Spiel, ließ aber nach Halbzeit nach. Z. war den L. in Technik weit voraus.

Zittau 2—Löschwitz 2 4:2. Flottes Spiel. Z. war nur mit 9 Mann. Technisch besser als L. Spiel wurde von L. abgebrochen.

Zittau 1 Jugend—Niederoderwitz 1 Jugend 3:3 (1:3). Beide Mannschaften hielten sich gut. O. ließ nach Halbzeit nach. Zittau technisch besser und verschuldet sich ein Tor durch 10 Meter.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Bezirk Dresden. Zum außerordentlichen Bezirkstag am 2. Juli im Dresdner Volkshaus 19 Uhr müssen die Gruppen bzw. die Sparten wie zum ordentlichen Bezirkstag (auf 200 Mitglieder einen Delegierten) vertreten sein. Gruppen- und Spartenvertreter, seid euch bewußt, daß es gilt, unser im nächsten Jahr stattfindendes Kreisfest so zu gestalten, daß es alle bisherigen sächsischen Turn- und Sportfeste weit übertrifft. Das muß gelingen, das wird gelingen, wenn im Bezirk Dresden die Gruppen und Sparten zu der ersten Arbeit, zur ersten Beratung, in voller Zahl anwesend sind.

SLUB
Wir führen Wissen.

Das Dresdner Privatwohnungsbauprojekt in den Gewerkschaften

Von Felix Lewinsohn

Mit einem Tempo, daß einem geschäftstüchtigen Rennfahrer oder einem Jockey alle Ehre macht, hat bekanntlich die Dresdner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ein kapitalistisches Wohnungsbauprojekt in geheimer, nachträglich halb öffentlich erklärter Sitzung durchgepeitscht. In einer eigens dazu einberufenen Sitzung wurde der Sozialdemokrat Rösch zum Aufsichtsratsmitglied dieser Wohnungsbauaktiengesellschaft gewählt.

Wenn das Projekt den sozialdemokratischen Stadtverordneten verlockend war, den Arbeitern, besonders den Siedlern war die Umkehr von dem Prinzip des eigenen Regiehauses und des gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaftsgedankens zum Prinzip des Privatbewirtschaftungsgedanken unbegreiflich. Um die neue sozialdemokratische Wohnungspolitik zu rehabilitieren, steigt der Stadtverordnetenfraktionsführer Rösch nunmehr in die Gewerkschaften ein. Da soll nun die Grundlage für den neu eingeführten Kurs nachträglich geschaffen werden.

Vor einem Funktionärkreis des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Zahlstelle Dresden, sprach erstmalig über den neuen Kurs in der großen Ortsverwaltung der Stadtverordnete Rösch. Das Thema lautete:

Die Wohnungsfürsorge in der Stadt Dresden.

Rösch sprach sehr viel von dem furchtbaren Wohnungselend in Dresden, über die Wohnungspolitik seines Parteigenossen Bürgermeister Nitzsche aber schwieg er, trotz aller Mahnungen von sonst nicht oppositionellen Kollegen. Auf derartige Zwischenrufe konnte Rösch nicht antworten ohne seine Partei zu kompromittieren, deshalb schwieg er. Daß Nitzsche kein Förderer des gemeinnützigen Wohnungsbaues ist, sondern nur ausführendes Organ des volksparteilichen Oberbürgermeisters Blüher, als Wohnungsbaureaktionär den Haus- und Grundbesitzern gerade auf dem Gebiete der Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft Wegbereiter war und ist, kann für den Kenner der Sache keinem Zweifel unterliegen. Als Reaktionär ist Nitzsche ja gerade genug bei den Siedlern bekannt.

Was sagte Rösch zur Verteidigung des kapitalistischen Projektes?

Es bestehe Wohnungsnot. Der Wohnungsmangel müsse behoben werden. Jedes Mittel sei dazu recht. **Die Forderung der Kommunisten auf nur eigenen Regiebau oder Unterstützung gemeinnütziger Wohnungsbaues sei eine Phrase.** Der bisherige Wohnungsbau sei zu gering. Man müsse auch die Gelegenheit ausnützen, mit Hilfe von privaten Mitteln zu bauen. Die Wohnungsbauaktiengesellschaft wolle 1600 Wohnungen bauen. Grundlegend für die Mietpreisbildung dieses Unternehmens sei die Friedensmiete inkl. des gesetzlichen Zuschlages in den Altwohnungen. Zwar sei dies kein idealer Zustand, wenn man aber die Wohnungslosen frage, so stimmten sie alle zu, daß man das Projekt fördern müsse. Wenn die Kommunisten eine Anleihe zum Bau von 2000 Wohnungen verlangten, so sei dies nichts weiter als Phrase. Ueber die Aufnahme einer Anleihe entscheiden nicht die Stadtverordneten, sondern der Rat entscheide darüber. Es sei unmöglich vom Rat eine solche Anleihe zu erhalten. Uebrigens sei **der Rat bei dem jetzigen Defizit von 5,6 Millionen Mark im Etat gar nicht imstande eine solche Anleihe aufzunehmen,** gleich wenn er wollte. Daß alles in dieser Gesellschaft zum besten laufe, dafür garantiere der Einfluß der Sozialdemokraten und der der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften seien mit zwei Vertretern im Aufsichtsrat vertreten. Ein Vertreter des ADGB und ein Vertreter der Bauhütte. Die SPD habe gleichfalls zwei Vertreter, einer sei von den Stadtverordneten gewählt und der zweite — ja, darüber schwieg sich Rösch aus; denn der war wohl bestimmt aber doch zunächst nur im Kuhhandel mit dem Oberbürgermeister Blüher zugesagt. Der Gesamtrat der Stadt hatte noch nicht zu seiner Vertretung in der AG Stellung genommen. So wollte Rösch denn beweisen, daß bei den acht Aufsichtsratsmitgliedern es der SPD mit vier Vertretern gelungen sei, den ausschlaggebenden Einfluß in dieser Gesellschaft zu erhalten. Damit habe die sozialdemokratische Fraktion ein großes soziales Werk vollbracht.

Als Rösch mit diesem Manuskript zu den Metallarbeitern ging, hatte er bestimmt die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Er glaubte, die Metallarbeiter seien über das Projekt uninformiert, und er könne ihnen mit verlockenden Redensarten den neuen Kurs schmackhaft machen. Doch sein Parteisüppchen ward ihm durch die Anwesenheit eines kommunistischen Ratsmitgliedes versalzen.

Zu der überstürzenden Behandlung des Projektes, der Vorlage des Rates lag bekanntlich noch am Tage der Beratung durch die Stadtverordneten kein Tilgungsplan, keine Bürgschaftserklärung noch irgendein Vertrag vor, hatte Rösch nichts weiter zu sagen, als das, wenn es die Kommunisten interessierte, hätten sie sich ja an ihn zur Auskunft wenden können. Wenn so die SPD sich die Beschlußfassung im Stadtverordnetenkollegium über Millionenprojekte künftighin vorstellt, daß über das Grundsätzliche einer Vorlage es nur einer Kenntnisgabe an die Fraktionsführer der SPD, Demokraten und Volkspartei bedarfe, dann sind von seiten der KPD-Fraktion bestimmt noch schärfere Kampfmittel gegen solche Kuhhandelspolitik zu erwarten. Auf die Erwiderung, daß die vorläufig festgesetzte Mindestmiete von 346 Mark von dem den Durchschnitt überwiegenden Teil der Werktätigen nicht bezahlt werden könne, daß die überwiegende Mehrheit der Wohnungslosen nur auf alte, jahrzehntelang unvorgerichteten, nassen und unhygienischen Wohnungen angewiesen ist, auf diese für tausende Dresdner Werktätige ausschlaggebenden Fragen fand Rösch keine andere Antwort als: **da müßten die Gewerkschaften einsetzen und höhere Löhne erstreben.** Es ist doch bittere Ironie, wenn ein Sozialdemokrat und noch dazu einer, der sich als alter Gewerkschaftler hinzustellen beliebt, **die Preissteigerung damit begründet, daß ja gewerkschaftliche Abwehrorganisationen bestehen. Glaubt etwa Rösch, wenn er nicht für Preissteigerung sorgt, daß dann die Gewerkschaften keine Beschäftigung hätten?** Bei der Gewerkschaftspolitik mancher Gewerkschaftsführer erscheint es allerdings manchmal so, als wenn dazu die bürgerliche Parlamentsarbeit der SPD-Fraktionen unbedingt nötig sei. Es war sehr bezeichnend, daß Rösch erklärte,

die Voraussetzung der Wohnungsbau-AG war die 20prozentige Mietpreiserhöhung.

Nur durch die Erhöhung der Friedensmiete durch das Geschenk der Regierung an die Hausbesitzer war das Geschäft der Kapitalisten möglich. Treffender konnte der Aufsichtsrat Rösch es den Metallarbeitern nicht aufzeigen, daß die Grundlage dieses „wohltätigen" Wohnungsbaues der Profit ist. Bezeichnend ist weiter, die plötzliche „Erkenntnis" der SPD-Fraktion, die durch Rösch kund gibt, daß der Rat angesichts des angeblichen großen Defizites im Etat zur Aufnahme einer Anleihe für den Wohnungsbau außerstande sei. Bisher hat die SPD-Fraktion diese Auffassung durchaus nicht vertreten. Dies bestätigt nur die Behauptung unserseits, daß die SPD-Fraktion durch die Zustimmung zu diesem Projekt jeden Kampf gegen die reaktionäre Ratsmehrheit um Aufnahme einer Anleihe für den Wohnungsbau aufgegeben hat.

Rösch' Hinweis darauf, daß die AG deshalb eine Wohlfahrtseinrichtung sei, weil die freien Gewerkschaften daran beteiligt sind, läßt die Absicht erkennen, mit der Festlegung von Gewerkschaftsgeldern in diesem kapitalistischen Unternehmen dieselbe Politik fortzusetzen, die mit der Zeichnung von Gewerkschaftsgeldern für Kriegsanleihe begonnen hat. Zwar wurde zunächst erklärt, daß die Gewerkschaften nur zu 25 000 Mark beteiligt seien, wovon nur ein Viertel eingezahlt werden brauche, wovon der DMVV wiederum nur mit 1000 Mark beteiligt sei. Das genossenschaftliche Unternehmen, die Bauhütte, sei gleichfalls nur mit 25 000 Mark beteiligt. Dazu ist aber zu vermerken, daß, wenn die Wohnungsbauaktiengesellschaften dieser Form Schule machen, die Gewerkschaften mit großen Summen von Kampfgeldern sich festlegen. Abgesehen davon, daß bei einer Pleite solcher Gesellschaften beträchtliche Summen auf dem Spiele stehen. Aber was das Bedeutendste ist, ist die Tatsache, daß die Gewerkschaften anstatt den Kampf gegen den Mietwucher mit den politischen Parteien und den Mieterorganisationen zu führen, aus Rücksicht auf ihre Beteiligung in privaten Baugesellschaften, auf den notwendigen Kampf vollständig Verzicht leisten. Die Argumentation Rösch', daß den Gewerkschaften und der Bauhütte nicht entsprechend ihrer finanziellen Stärke, sondern entsprechend ihres Einflusses je ein Aufsichtsratssitz zuerteilt worden sei, veranlaßt doch zu der Frage: Weshalb dieses Entgegenkommen? Wenn der „Einfluß" der Gewerkschaften nicht besonderen Zwecken dienen soll, so hätten die Kapitalisten keine Aufsichtsratsposten verschenkt. Es steht also die Frage, die in jeder Gewerkschaft von den Kollegen gestellt werden muß: Wie soll sich der Einfluß der Gewerkschaften geltend machen? Was soll von den Mietern, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern durch die Führer verlangt werden? **Was ist das Opfer, das auf dem Altar der Aktiengesellschaft gelegt wurde?**

Auf die Hinweise, daß vorgesehen war, den Aufsichtsräten eine Aufwandsentschädigung von 3000 Mark, den Geschäftsführern dieser AG ein Gehalt von 15 000 Mark zu zahlen und daß diese Bestimmung nicht beseitigt ist, sondern die Entscheidung nur der Oeffentlichkeit vorenthalten sei, antwortete Rösch nur mit dem ihm eigenen Gepolter. Sein Versuch, der Opposition eine „unfäre, dreckige Kampfweise" zu unterschieben, wurde in das richtige Licht gestellt, durch die Feststellung, daß die Reden und Abstimmungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten fast immer im Widerspruch stehen mit denen der sozialdemokratischen Stadträte zur gleichen Sache.

Die ganze Argumentation Rösch' bewies, daß die SPD-Fraktion von der „fürsorglichen Einrichtung der Wohnungsbau-AG" selbst nicht überzeugt ist. Man glaubte von seiten der SPD-Fraktion ein abhelfendes Kapitalsmittel durch den Bau von 1600 Wohnungen zu erhalten. Das Gegenteil ist der Fall. Wieder einmal ist es den Kapitalisten gelungen, die Kompromißsucht der SPD auszunützen zu einem guten kapitalistischen Geschäft. Die Wohnungslosen, die bisher ihre Hoffnungen auf die SPD setzten, werden erkennen, daß der Weg, den die SPD in dieser Frage geht, die Lasten und Lasten den Arbeitern auferlegt. Die endgültige Beseitigung der Wohnungsnot ist der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich. Die Mittel der SPD dienen nur zur Stärkung des Bürgerblockes in Reich, Staat und Gemeinde, führen aber niemals zum Nutzen des Proletariats.

Die Arbeitsmarktlage

Seit einiger Zeit hat sich die Beschäftigungslage in Deutschland etwas gebessert. Viele Arbeiter gibt es, die trotz allem daraus den Schluß ziehen, daß in absehbarer Zeit eine wirkliche Aenderung der Arbeitsmarktverhältnisse eintreten müßte.

Die Ziffer der unterstützten Vollerwerbslosen ist zweifellos erheblich zurückgegangen. Sie betrug Anfang Januar 1927 1,7 Millionen, Anfang Juni nur noch 650 000. Gleichzeitig wurden jedoch am 1. Juni etwa 230 000 Krisenunterstützte gezählt, etwa doppelt soviel als im Januar. Insgesamt betrug also die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen Anfang Juni immer noch rund 880 000.

Nicht einbegriffen in diese Zahl sind alle Kurzarbeiter, ebenso nicht einbegriffen ist die große Zahl derer, die, obwohl arbeitslos, überhaupt keine Unterstützung mehr erhalten.

Die Gewerkschaften registrieren ebenfalls einen Rückgang der Erwerbslosigkeit. Dennoch mußten sie feststellen, daß Anfang Mai noch 8,9 Prozent der erfaßten Arbeiter vollerwerbslos und 3,7 Prozent in Kurzarbeit waren. Insgesamt waren also zu dieser Zeit 12 bis 13 Prozent der Arbeiter Erwerbslose oder Kurzarbeiter. Man vergleiche diese Ziffer mit der Vorkriegsziffer, wo im Durchschnitt der letzten Jahre vor Kriegsausbruch 2,8 Prozent der Arbeiter erwerbslos waren, während Kurzarbeit so gut wie gar nicht existierte. Die Zahl der Arbeitslosen übersteigt somit den Vorkriegsstand immer noch um etwa das Vierfache. Schon aus diesem Grunde ist es auf absehbare Zeit ausgeschlossen, daß auf den Arbeitsmärkten das frühere Verhältnis von Angebot und Nachfrage sich wieder einstellt, zumal wenn wir berücksichtigen, daß gerade die gegenwärtige Jahreszeit stets den für die Arbeiter günstigsten Stand des Arbeitsmarktes aufweist. Die vermehrte Beschäftigung der letzten Monate ist — soweit es sich nicht lediglich um eine Ausgesteuertung von Unterstützten handelt — teils auf Saisonarbeiten, teils auf andere Produktionserhöhungen in einigen Industrien zurückzuführen, wobei auch die Aufträge der Sowjetregierung einen erheblichen Anteil haben.

Selbst in der gegenwärtigen Zeit starker Saisonarbeiten ist eine entscheidende Aenderung der Arbeitsmarktlage nicht eingetreten. Nach wie vor sind Lohnbewegungen und andere Arbeitskämpfe durch das Angebot von Hunderttausenden von Erwerbslosen aufs äußerste erschwert. Es wäre ein schwerer Fehler, wollten sich die Arbeiter Illusionen hingeben, die der Wirklichkeit nicht entsprechen.

Gewerkschaftliches

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Dresden. Dienstag, den 28. Juni, 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Arbeiterheim Cotta, Hebbelstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag über das Arbeitszeitgesetz. 2. Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Die Bezirksleitung.

Achtung! Gewerkschaftsleiter der UB und Stadtteile! Gewerkschaftsfraktionsleiter von Dresden!

Am Sonnabend 25. und Sonntag 26. Juni tagt in Dresden-Altstadt, Brandenburger Hof, Peter-, Ecke Berliner Straße, die erste Voll-BL, in der die Gewerkschaftsarbeit als besonderer Tagesordnungspunkt behandelt wird. Genosse Merker-Berlin hält das Referat über unsere Gewerkschaftsarbeit.

Es ist unbedingt erforderlich, daß alle obengenannten Funktionäre an dieser Sitzung teilnehmen. Alle anderen Veranstaltungen, die zur selben Zeit stattfinden, brauchen von ihnen nicht besucht zu werden.

Die Voll-BL beginnt am Sonnabend 19 Uhr.

Bezirksleitung Ostsachsen, Abt. Gewerkschaften.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostsachsenteil: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden. — Druck: „Peuvag", Druckereifiliale Dresden.

Abenteurer des Schienenstranges

Von Jack London

(36. Fortsetzung.)

Das ist der „Starke Arm".

Der Mann leistet Widerstand, ist aber schon hilflos im wahrsten Sinne des Wortes. Die Jungens fahren von allen Seiten auf ihn los, klammern sich ihm an Arme, Beine und Körper, und das „Barbierlamm" hängt fest wie ein Wolf, der einen Elch an der Kehle gepackt hat und ihn hintenüberzieht. Der Mann fällt, und die ganze Bande stürzt sich über ihn. Das Barbierlamm ändert die Stellung, läßt aber nicht einen Augenblick los. Während einige Jungens ihm die Taschen durchsuchen, halten andere ihm die Beine fest, damit er nicht um sich treten kann. Sie verbessern ihre Situation noch, indem sie ihm die Schuhe ausziehen. Der Mann hat jetzt den Kampf aufgegeben. Er ist geschlagen. Und mit dem „Starken Arm" um den Hals kann er auch keine Luft bekommen. Er röchelt, als wäre er am Ersticken, und die Jungens beeilen sich. Sie haben nicht die Absicht, ihn zu töten. Jetzt sind sie fertig. Auf ein Kommando lassen sie alle auf einmal los und zerstreuen sich, einer nimmt die Schuhe mit, denn er weiß eine Stelle, wo er einen Halben Dollar dafür kriegt. Der Mann setzt sich auf und sieht sich um, verwirrt und hilflos. Selbst wenn er wollte, wäre es hoffnungslos, in der Dunkelheit und auf Strümpfen eine Verfolgung zu versuchen. Ich bleibe einen Augenblick zurück und sehe, was er macht. Er betastet seine Kehle, stößt einige trockene Töne aus, räuspert sich, wackelt auf höchst merkwürdige Weise mit dem Kopfe, wie um sich zu überzeugen, ob der Hals nicht ausgerenkt ist. Aber nun laufe ich selber weg, bin bald wieder bei der Bande und sehe nichts mehr von dem Manne — obgleich ich ihn immer vor mir sehen werde, wie er dasitzt im Schein der Sterne, verwirrt, ein bißchen erschrocken, furchtbar zerzaust, und Kopf und Hals mit seltsamen kleinen Rucken bewegt.

Namentlich Betrunkene sind ein gefundenes Fressen für Vagabundenlämmer, und nach ihnen halten sie stets Ausschau. Betrunkene sind ihre spezielle Beute, wie die Fliege die spezielle Beute der Spinne ist. Es ist oft amüsant, zu sehen, wie sie mit einem Betrunkenen umspringen, besonders wenn er hilflos ist und niemand ihnen ihre Beute streitig machen kann. Beim ersten Angriff gehen sein Geld und seine anderen Kostbarkeiten flöten. Dann setzen sich die Jungens in einem Kreise um ihr Opfer, wie eine Schar von indianischen Medizinmännern. Ein Junge bekommt plötzlich Appetit auf den Schlips des Mannes. Da geht er hin, und Ärmel und Hosen werden mit dem Messer verkürzt. Zeitweise wird auch ein befreundeter erwachsener Vagabund hinzugerufen; er kann sich Jacke und Hose nehmen, die für die Jungens zu groß sind. Und zuletzt verschwinden sie, und ihre ausrangierten Lumpen liegen in einem Haufen neben dem Betrunkenen. Ein anderer Vorgang taucht in meiner Erinnerung auf. Es ist ein dunkler Abend. Meine Bande kommt den Bürgersteig in einer Vorstadt entlang. Vor uns geht, im Schein der elektrischen Lampe, ein Mann, der gerade die Straße überqueren will. Etwas Vorsichtiges und Tastendes liegt über seinem Gang. Die Jungens wittern gleich Beute. Der Mann ist betrunken. Er wankt auf die andere Seite hinüber, schlägt einen Richtweg über ein unbebautes Grundstück ein und wird vom Dunkel verschlungen. Es ertönt kein Kampfgeschrei, aber die ganze Bande macht sich mit einem Satz an die Verfolgung.

Doch was ist das? Zwischen der Bande und ihrer Beute steht eine Horde seltsamer, knurrender Gestalten, klein, undeutlich und drohend. Es ist eine andere Bande junger Vagabundenlämmer, und in der feindseligen Pause, die jetzt eintritt, erfahren wir, daß der Mann ihre Beute ist, die sie schon ein weites Stück verfolgt hat, und daß wir nichts damit zu tun haben. Aber dies ist die primitive Urzeit selbst. Diese Wölfe sind Wolfsjunge. (Ich glaube wirklich, daß keiner von ihnen älter als zwölf bis dreizehn Jahre war. Von einigen, die ich später traf, hörte ich, daß sie am selben Tage von jenseits des „Hügels" gekommen und in Denver und Salt Lake City zu Hause waren.) Unsere Bande stürzt vor. Die Wolfsjungen heulen und schreien und schlagen sich wie kleine Teufel. Und rings um den Betrunkenen rast der Kampf um seinen Besitz. Mitten im Handgemenge fällt er zu Boden, und der Kampf wirbelt über seinem gefallenen Körper wie der Kampf zwischen Griechen und Trojanern um Leichnam und Rüstung eines gefallenen Helden. Unter Geschrei, Tränen und Klagen werden die Wolfsjungen von der Beute vertrieben, und jetzt nimmt meine Bande den Mann in Behandlung.

Nie aber werde ich den armen Kerl und sein verschwommenes Erstaunen über diese Schlacht vergessen, die so plötzlich hier auf der Baustelle entbrannt war. Ich sehe ihn noch, wie er dasaß, ganz undeutlich in der Dunkelheit, taumelnd in seiner dumpfen Verwunderung, gutmütig versuchend, als Friedensstifter aufzutreten in der großen Prügelei, deren wahre Bedeutung er nicht erfaßte, sehe noch den wirklich gekränkten Ausdruck, als er, das unschuldige Wesen, von vielen Händen mitten im rasenden Kampfgetümmel gepackt und umgerissen wurde.

„Bündel-Krämer" sind auch eine beliebte Beute für Vagabundenlämmer. Ein „Bündel-Krämer" ist ein Vagabund, der arbeitet, und der Name kommt von einem Bündel Decken, mit denen er herumläuft. „Bündel-Krämer" arbeiten, wie gesagt, und daher ist anzunehmen, daß sie Kleingeld bei sich haben, auf das die Jungens es abgesehen haben. Das beste Jagdterrain, wenn es gilt, „Bündel-Krämer" zu finden, sind Schuppen und Scheunen, Holzplätze, Eisenbahnwerkstätten und dergleichen im Weichbilde einer Stadt, und man muß ihn des Nachts fangen, wenn er diese Orte aufsucht, um sich in seine Decken einzupacken und zu schlafen.

„Vergnügungsreisende" sind auch den Uebergriffen der Vagabundenlämmer ausgesetzt. „Vergnügungsreisende" sind solche Landstreicher, die, im Gegensatz zum Vagabundenlamm, sich erst als ausgewachsene Männer aufs Vagabundieren gelegt haben. Die nächste Stufe ist der „Komet", und dann kommt der „Professionelle". Ich selbst wurde sehr bald aus einem Vagabundenlamm ein „Professioneller". Kurze Zeit — als ich meine erste Monica „Frisko-Junge" mit einer anderen, „Jack-Seemann", vertauschte — stand ich allerdings zuweilen in dem Verdacht, „Vergnügungsreisender" zu sein. Wenn aber die, die mich verdächtigten, meine nähere Bekanntschaft machten, gaben sie sehr bald ihre ungünstige Meinung von mir auf, und in kürzester Zeit hatte ich es so weit gebracht, daß ich nach außen hin ganz als waschechter „Professioneller" auftrat. Und an dieser Stelle sei gleich gesagt, daß die „Professionellen" die Aristokratie des Schienenstranges bilden. Sie sind die Herren und Meister der anderen, die Angreifer, der Uradel, die von Nietzsche so geschätzten blonden Bestien.

Als ich aus Nevada über den „Hügel" zurückkam, entdeckte ich, daß irgendein Flußpirat Dinny McCreas Boot gestohlen hatte. (Es ist komisch, aber ich kann mich heute noch nicht entsinnen, was aus der Jolle wurde, in der der Grieche Nickey und ich von Oakland nach Port Costa fuhren. Ich weiß nur, daß der Polizist sie nicht kriegte, und daß wir vielleicht mit ihr den Sacramento hinaufuhren, aber das ist auch alles.)

Weil Dinny McCreas Boot weg war, mußte ich mich dem Schienenstrang weihen, und als ich Sacramentos müde war, sagte ich der Bande Lebewohl (auf ihre liebenswürdige Art versuchten sie mich vom Zuge zu schmeißen, mit dem ich die Stadt verließ) und begab mich auf einen Ausflug durch das San-Joaquin-Tal. Der Schienenstrang hatte mich gepackt und ließ mich nicht wieder los, und als ich später zur See gefahren war und verschiedene andere Dinge versucht hatte, kehrte ich immer wieder periodenweise zu ihm zurück, um als „Professioneller" zu leben und mich in das Bad der Soziologie zu stürzen, das mich bis auf die Haut durchnäßte.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeitersport

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 10. Bezirk

Vereinstechniker! Wo bleiben die Meldungen zum Turnspielleiterkursus? In einigen Vereinen weiß der Spielleiter Bescheid.

Turnerschaft Pieschen. 26. Juni Volksfest. Stellen der Kinder 11,30 Uhr auf dem Konkordienplatz, Mitglieder 12 Uhr Altpieschen. Sonnabend nachmittag alles zum Aufbau nach dem Festplatz. In der Nacht vom Sonntag zum Montag werden noch zahlreiche Helfer benötigt zum Abbau und zum Säubern des Platzes. Tue jeder seine Pflicht.

Arbeitsgemeinschaft der Sport- und Kulturvereine von Uebigau. Montag den 27. Juni 19,30 Uhr Sitzung im Rest. z. Kette. Jeder Verein entsendet zwei Vertreter. Tagesordnung: Volksfest am 4. September.

Fußball-Vereinigung Kleinnaundorf. Freitag den 24. Juni 20 Uhr Abteilungsversammlung im Gasthof. Sonnabend den 25. Juni Nachtpartie nach Obernaundorf mit Marschmusik. Abmarsch 19 Uhr Turnhalle. Gäste willkommen.

Turn- und Sportverein Welschhufe. Sonntag den 26. Juni Familienausflug nach Langwitz zum Sportfest. Abmarsch 13 Uhr von Voigt.

Turn- und Sportverein Pesterwitz. Sportliche Wettkämpfe zur Turnhallen- und Sportplatzweihe am 10. Juli. 6,30 Uhr Werbestaffel über 8300 Meter. 12 Läufer, 5 Mitglieder, 4 Jugendliche, 3 Sportlerinnen. Laufordnung: 1. Mitglieder 3000 Meter, 2. Jugendliche 400 Meter, 3. Mitglieder 600 Meter, 4. Sportlerinnen 100 Meter, 5. Jugendliche 500 Meter, 6. Mitglieder 1200 Meter, 7. Jugendliche 300 Meter, 8. Sportlerinnen 100 Meter, 9. Mitglieder 800 Meter, 10. Jugendliche 700 Meter, 11. Sportlerinnen 100 Meter, 12. Mitglieder 450 Meter. 8,30 Uhr bis 11 Uhr Mitglieder Vierkampf: 100-Meter-Lauf, Kugelstoßen 7¼ Kilogramm, Weitsprung mit Anlauf, Schleuderball. Jugend (14 bis 16 Jahre, 16 bis 18 Jahre): Dreikampf: 100-Meter-Lauf, Kugelstoßen 5 Kilogramm, Weitsprung mit Anlauf. Sportlerinnen: Dreikampf: 100-Meter-Lauf, Kugelstoßen 5 Kilogramm, Weitsprung mit Anlauf. Einzelwettkämpfe: Mitglieder und Jugend: 100-Meter-Lauf, Diskuswerfen, Schleuderball. 16,30 bis 17,30 Uhr 3000-Meter-Lauf für Mitglieder, 1500-Meter-Lauf für Jugend. 4 × 100-Meter-Stafetten für Mitglieder, Jugend und Sportlerinnen. Meldungen bis 30. Juni an Hermann Müller, Pesterwitz Nr. 34.

Sport- und Kulturkartell Leuben, Laubegast, Dobritz. Sonnabend, 25. Juni, 21 Uhr, findet auf dem Sportplatz Dobritz unsere Sonnenwendfeier statt. Ein gut gewähltes Programm wird jeden Besucher befriedigen. Teilnahme unentgeltlich. Programm 20 Pf. Wir ersuchen alle Arbeiterorganisationen und Vereine sowie die gesamte werktätige Bevölkerung, sich restlos zu beteiligen. Abmarsch Leuben, Jugendheim, 19,30 Uhr, Laubegast, Kronstädter Platz 19,30 Uhr, Dobritz, Alt-Dobritz 20 Uhr.

Freie Turnerschaft Heidenau. Donnerstag 20,30 Uhr nach dem Training der Sportler: Vorturnersitzung mit wichtiger Tagesordnung. Erscheinen ist unbedingt Pflicht.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Heidenau-Dohna. Donnerstag den 23. Juni 19,30 Uhr Uebungsabend. Behandelt wird die neue Dienstordnung.

Freie Wassersportvereinigung Sachsen 4. Kreis 2. Bezirk. Alle dienstfreien Rettungsschwimmer haben sich am Sonntag an der Bezirksrettungsübung zu beteiligen. 8 Uhr Treffen im Kinderbad in Blasewitz. Keiner darf fehlen, denn nur durch die Masse können wir werben.

Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Dresden. Sonnabend den 25. Juni 19,30 Uhr wichtige Bezirkssitzung im Restaurant Theilbar, Bischofsweg 16.

Werbewoche Zschachwitz vom 18. bis 26. Juni 1927. Zur irreführenden Berichterstattung in der Dresdner Volkszeitung vom 11. 6., daß die Werbestaffel mit Durchschwimmen der Elbe von der Leichtathletikvereinigung nicht genehmigt sei, erklären wir auf Grund der eingegangenen Meldungen die Staffel durchzuführen. Neun Läufer und 1 Schwimmer (eine Mannschaft) stellen am 26. 6. 8 Uhr — Start 10 Uhr Reichsapfel bis Gasthof — Karl-Marx-Straße, Auenstraße, bis Hollank. — bis Hanisch — bis an die Elbe — Haltestelle Zschachwitz bis Hosterwitz — zurück mit Boot — Elbdamm, Insel, bis Louisenhof — bis Dorfplatz Meußlitz — bis Gasthof Meußlitz — bis Platz — eine Platzrunde.

Volkschor Vorwärts Bad Schandau-Postelwitz. Sonnabend den 25. Juni 20 Uhr Stellen zur Sonnenwendfeier im Erbgericht Postelwitz.

Touristenverein „Die Naturfreunde. Ortsgruppe Dresden. 25./26. 6. Sonnenwendfeier auf der Kaiserkrone. Höhenfeuer, Aufführungen der Jugend, der Gesangsabteilung und der Musiksektion. Die Feuerrede hält Gen. Walter Kohl. Abf. 14,05, 16,19, 18,15 Uhr nach Schandau; 13,11, 16,53, 20,25 nach Schöna. Sonntag: Darbietungen der oben genannten Abteilungen auf der Spielwiese. Nachmittags finden folgende Wanderungen statt: 1. Nach dem großen Zschirnstein. F.: Stichler. 2. An den Elbhängen aufwärts. F.: Göbel. Treffen zu beiden Wanderungen 14 Uhr vor dem Zirkelsteinhaus. **Jugendabteilung:** 25./26. 6. Sonnenwendfeier auf der Kaiserkrone 16 Uhr Hbf. F.: Geier. **Vereinigte Kletterabteilungen.** 25. 6. Sonnenwendfeier auf dem Belvedere bei Niedergrund. Abf. 15,30 Hbf. nach Schöna. **Plauenscher Grund.** 26. 6. Tw. Spaziergang mit Atemübungen. 9 Uhr Bhf. Potschappel (SK Tharandt). F.: Sietzy. **Jugendabteilung.** 26. 6. Prinzbachtal. 13 Uhr Markt. F.: Heye. **Abt. Hainsberg-Coßmannsdorf.** 26. 6. Tw. Frauenstein, Lichtenberg. Abf. 6,42 Uhr (SK Frauenstein). F.: Paul. **Bannewitz u. Umg.** 26. 6. Tw. Pillnitz, Dittersbach. 6 Uhr. F.: Walter Berend. **Lößnitzortschaften.** 25./26. Pflichtwanderung nach Dönschten. **Briesnitz-Cossebaude.** 26. Wir gehen baden. 6 Uhr beim Gen. Hempel. F.: Tröger. **Boxdorf u. Umg.** 26 Wanderung mit Baden. **Radeberg.** 26. Tw. Goßdorfer Raubschloß. Abf. 6,42 Uhr. F.: Oberl. Störzner, Arnsdorf. **Jugendabteilung.** 26. Mit der Ortsgruppe.

Die Einwohnerschaft um Königstein hat in den letzten Tagen noch in bereitwilligster Weise Quartier zur Hausweihe zur Verfügung gestellt, so daß wir alle Genossen auffordern, schon am Sonnabend nach Königstein zu fahren und an den Abendfeiern teilzunehmen. Quartiermeldungen sind bei den Bezirksgruppen einzureichen.

Touristenverein „Die Naturfreunde". Johannstadt: 23. 6. Bunter Abend mit Familie Schuck. — Striesen: 23. 6. „Meine Heimat an der Wolga". Gen. Butter. — Löbtau-Plauen: 23. 6. Vortrag: „Urgeschichte der Menschheit". Gen. Hulisch. — Cotta u. Umg.: 23. 6. Lieder zur Laute und heitere Vorlesungen. Gen. Kind und Claus. — Neustadt: 23. 6. Gruppenabend. Gedichte in Oberlausitzer Mundart. — Wintersportsektion: 24. 6. Baden im Arnold-Bad. Bei schlechtem Wetter 19,30 Uhr am Eingang. — Photosektion: 24. 6. Umentwickeln von harten Negativen. — Jugendabteilung: 21. 6. Literarischer Abend. Gen. Graf. 23. 6. Volkstänze. 24. 6. Tanz- und Spielabend. — Pieschen-Mickten-Kaditz. 23. 6. Vortrag: „Die Schweiz". Friedr. Kraemer. — Plauenscher Grund: 22. 6. Besichtigung des elektrischen Werkes. — Jugendabteilung: 21. 6. Vortrag: „Jugend und Politik". — Abt. Hainsberg-Coßmannsdorf: 23. 6. Arbeitsausschußsitzung beim Gen. Petrowsky. — Lößnitzortschaften: 21. 6. Abendwdg. 20 Uhr Scharfe Ecke. 24. 6. Verwaltungssitzung beim Gen. Gotthardt. — Briesnitz-Cossebaude: 22. 6. Abendwdg. 20 Uhr Heim. — Boxdorf u. Umg. 21. 6. Literarischer Abend. Gen. H. Marx. — Radeberg: 22. 6. Abendwdg. 8 Uhr Papierfabrik. — Jugendabt.: 22. 6. Heiterer Abend. Leiter Gen. Querner.

ATSB, 9. Bezirk (Plauenscher Grund). Raffball: Häslich 1—Cotta 11:1 (5:1). Trotzdem Häslich kein besonderes Spiel zeigte, konnten sie Cotta in dieser Höhe abfertigen. Cotta spielte etwas zu hart, ein Spieler mußte das Spielfeld verlassen.

Häslich 1 b—Heidenau 1 b 7:5 (5:2). Beide Mannschaften zeigten ein gutes Kombinationsspiel, es wurde von Anfang bis Ende flott und scharf durchgeführt. Häslich konnte als Sieger den Platz verlassen.

Häslich 1 b—Niedersedlitz 1 6:5. Niedersedlitz stellte eine gute Mannschaft und war Häslich ebenbürtig. Das Spiel wurde in der zweiten Hälfte flau durchgeführt. Man merkte den Häslichern das Spiel vom Vortage an.

Häslich 2—Kleinkarsdorf 1 9:9. Häslich 1 Jgd.—Heidenau 1 Jgd. 2:3. Häslich 2 Jgd.—Deuben 1 Jgd. 10:0. Die anderen Vereine, soweit sie spielten, hielten es wiederum nicht für notwendig zu melden. Wann wird die Lumperei mal aufhören?

Wettbewerb

Plakat- und Plakettenentwurf

zum Roten Sachsentreffen am 20. und 21. August 1927 in Dresden.

Preis: Eine vollständige Uniform oder ein Lenin-Sammelband. Weitere Preise werden ebenfalls festgesetzt.

Bedingungen:

1. Beteiligen können sich alle Kameraden.
2. Der Entwurf ist mit einem beliebigen Kennwort zu versehen. Ein geschlossenes Kuvert mit dem Kennwort muß die genaue Adresse des Verfassers enthalten.
3. Die Entwürfe müssen bis zum 1. Juli in den Händen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Helm, Dresden-A., Ostra-Allee Nr. 13, 1., sein. Das Plakat hat die Größe von 40×65 Zentimeter. In Frage kommt 3-Farben-Druck.
4. Mit Preisen versehen werden nur die besten Entwürfe für Plakat und Plakette. Die Preisrichter werden aus den Dresdner Abteilungen bestimmt.

Heraus, Rote Frontkämpfer, an die Arbeit!

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Freitag, den 24. Juni:

Striesen 1. Mitgliederversammlung im Restaurant zum Landsknecht, 19,30 Uhr.

Stadtteil 3, Zellengruppe 3. Mitglieder-Vollversammlung in der Sonne, Schandauer Straße, 19,30 Uhr. Referat über Rußland.

Stadtteil 4. Stadtteil-Delegiertenkonferenz bei Wiederanders, 19,30 Uhr.

Stadtteil 4, Straßenzelle A u. B. Mitgliederversammlung im Bürgergarten, 19,30 Uhr.

Zelle Löbtau. Mitgliederversammlung im Bürgergarten, 19,30 Uhr.

Reick. Mitgliederversammlung im Gasthof Prohlis, 20 Uhr.

Freiberg. Mitgliederversammlung im Rest. Lokomotive, 21 Uhr.

Bautzen. Oeffentliche Versammlung in Doberschau, 19,30 Uhr.

Dienstag, den 28. Juni:

Bautzen. 20 Uhr Mitgliederversammlung in der Klosterschänke. Referent von Dresden.

Kommunistischer Jugendverband

Donnerstag, den 23. Juni:

Striesen-Ost und -West. Wichtige Stadtgebiets-Mitgliederversammlung in der Erdkugel, 19,30 Uhr. Alle Mitglieder, insbesondere sämtliche Funktionäre beider Gruppen haben zu erscheinen.

Jung-Spartakus-Bund

Donnerstag, den 23. Juni:

Lausa. Alle Pioniere treffen sich 18 Uhr bei Gähler, mitbringen.

Roter Frontkämpferbund

Donnerstag, den 23. Juni:

Kapelle Bannewitz. 19,30 Uhr Uebungsabend für Ersatzspieler bei Richter.

Freitag, den 24. Juni:

Abteilung 11. 19,30 Uhr Funktionäre im Königshof.

Ortsgruppe Bannewitz. 19,30 Uhr Funktionärsitzung im Bahnhofsrestaurant Hänichen. Vertreter der Gauführung ist anwesend.

Sonntag, den 26. Juni:

Abteilung 9, Laubegast. Alle Autofahrer nach Bischofswerda von Laubegast und Umgegend stellen **5,30 Uhr Altlaubegast. Abfahrt pünktlich 6 Uhr.**

Roter Frontkämpferbund und Rote Jungfront

Sonntag, den 26. Juni:

Abt. 6, Johannstadt. Alle RFB- u. RJ-Kameraden stellen Sonntag 6,30 Uhr Seidnitzer Platz. Roter Tag Bischofswerda, mit Auto Preis 1 Mark hin und zurück. Es kann schon am Freitag abend beim Kameraden Püschel, Eliasstraße 4, abgerechnet werden.

Roter Frauen- und Mädchenbund.

Alle Abteilungen und Ortsgruppen haben bis mit 28. Juni alle rückständigen Monate abzurechnen, auch Juni.

Jetkinbilder sind eingetroffen. Preis 2,50 M. Abzuholen Gaubureau, Jakobsgasse 15.

Achtung! Groß-Dresden. Alle Genossinnen stellen in ihren Abteilungen mit RFB zur Fahrt nach Bischofswerda.

Sozialistischer Studentenbund. Freitag den 24. Juni, 20 Uhr, Vortrag von Dr. Erich Zeigner: Bürgerliche Klassenjustiz im republikanischen Deutschland". Studentenhaus Mommsenstraße.

Ausschuß zur Förderung der weltlichen Schule Freital. Donnerstag den 23. Juni 20 Uhr im Döhlener Hof wichtige Sitzung. Abrechnung der Elternratswahlen. Neuwahlen. Sämtliche Delegierte, die seinerzeit von den beteiligten Organisationen zur Vorbereitung der Elternratswahlen abgeordnet waren, haben nochmals zu erscheinen.

Verein für Volksbildung. Donnerstag den 23. Juni Marienstraße 17, 1. Diskussionsabend: „Die Jugendbewegung." Freier Eintritt und Redefreiheit für jedermann.

Noack Dresden-A., Friesengasse 3 · Kesselsdorfer Straße 44 · Obergraben 13

Billige Lebensmittel!

1 Pfd. Guatemala hochfein und frisch geröstet und 1 Pfd. Zucker 2.80
1 Pfd. Perikaffee hochfein und frisch geröstet und 1 Pfd. Zucker 3.00
1 Pfd. Spezialmischung fein kräftig und 1 Pfd. Zucker 3.20
Auslesekaffee, frisch geröstet, Pfd. 2.00 und 2.40
5 Pfd. gebr. Gerste 0.95, 4 Pfd. gebr. Korn 0.95

Preisabschlag für Lebensmittel

2 Pfd. Allg. Limburger 0.95
1 Karton Emmentaler 0.90
1 Pfd. Tafelmargarine 0.50
1 Pfd. Rabattmargarine m. Bons, bei 10 Bons 1 Pfd. gratis 0.64
2 Pfd. Oldenburger Leberwurst 0.95
1 Pfd. Kokoslett 0.55
1 Pfd. Rindertalg . . . 0.65
2 Pfd. Tafelöl 0.95
1½ Pfd. Speiseöl . . . 0.95
1 Pfd. Olivenöl 1.50
Schweineschmalz Pfd. 0.80 und 0.80
Himbeersaft . . . Pfd. 0.70
kl. Fl. ca. 1 Pfd. incl. 0.75
gr. Fl. ca. 2 Pfd. incl. . 1.40
2-Pfd.-Eim. Frischobst-Marmelade 0.95
1-Pfd.-Eim. Aprikos.-Marmelade 1.30
2-Pfd.-E. Edelkonfitüre 1.60
2 Dos. Oelsardinen . . 0.95
3 Dos. Fleischextrakt . 0.36
1-Pfd.-Gl. Blütenhonig 1.20
25 Stck. Honigfliegenf. 0.95
½ Kakao 0.95
2 Pfd. Hartgriesmakk. 0.35
3 Pfd. Bruchmakkaroni 0.95
3 Pfd. Schnittnudeln . 0.95
2 Pfd. Datteln 0.95
2 Pfd. Feigen 0.95
2 Pfd. Mischobst . . . 0.95
3 Pfd. Pflaumen . . . 0.95
2 Pfd. Erdnüsse . . . 0.95
4 Pfd. große Linsen . . 0.95
5 Pfd. Bruchreis . . . 0.95
4 Pfd. Vollreis 0.95
3 Pfd. Palmarcis . . . 0.95
4 Pfd. Graupen . . . 0.95
Puddingpulver
3 Schokoladenpudding 0.25
3 Puderpudding 0.20
10 große Eier 0.95
½ Stck. Tafelbutter . . 0.90
4 Pfd. Landbrot 0.64
2-Pfd.-D. Gem. Erbsen 0.95
2-Pfd.-D. Karotten 0.40 und 0.55
2-Pfd.-D. Mischgemüs. 0.70
2-Pfd.-D. Leipz. Allerl. 0.95

Weine bill. feinster Tarragona . . . . Fl. inkl. 0.95
span. Rotwein . . . . . Fl. inkl. 0.95
fr. Rotwein, Moulin-a-vent Fl. inkl. 0.95
feinster alter Malaga . . Fl. inkl. 1.30
feinst. echt. Insel Samos, Fl. inkl. 1.30

Versand nach auswärts, in Dresden frei Haus
Widerverkäufer Extra-Preise
Jahrmarkt-Sonntag geöffnet!

Sommer-Kleiderstoffe
in modernen Mustern und großer Auswahl in der
Rester-Zentrale, Pirna, Lange Straße 39

SONNEN WENDE

Sonnabend, den 25. Juni, im Luftbad Heidenau, 20 Uhr

Verband f. Freidenkertum u. Feuerbestattung E. V.
Ortsgruppen Heidenau, Lockwitz

Neukirch (Lausitz) und Umg.

Sonnabend, den 25. Juni, 20 Uhr, im „Hofgericht" Kommers, ausgeführt von den Turn- und Sportvereinen Demitz, Medewitz, Neukirch. Sonntag, den 26. Juni, von 7 Uhr an auf dem Sportplatz sportliche Veranstaltungen. 13,30 Uhr: Festzug. Von 17 Uhr an Ball im „Hofgericht". Zahlreiche Beteiligung erwartet das Arbeitersportkartell Neukirch

Freitaler Lederhaus A. Schrauzer
Untere Dresdner Str. 64 (am Bahnhof)
★
Ia Ledernusschnitt / Schuhbedarfsartikel / Ia Offenbacher Lederwaren Rucksäcke / Reisekoffer / Gamaschen usw. / Einkauf von Fellen

Schänkhübel Klotzsche
Schönster Ausflugsort
Neuerbauter Garten
Jeden Sonntag von 4 bis 7 Uhr
Freikonzert

Leibbinden v. 3.75 M. an
Hüftformer . . . von 1.90 M. an
Brusthalter . . . von —.75 M. an
sämtl. hyg. Frauenart., wie Spülkann., Spülapparate usw.
Grete Wemme, Pirna, Barbiergasse 10

3 Ausnahme-Tage
Von Freitag, den 24. bis Montag, den 27. Juni erhalten Sie auf 1 Pfund **Margarine Leinegold,** Pfd. 1.—, folgende

1 Pfd. Leinegold ℳ 1.— **Gratiszugaben** 1 Pfd. Leinegold ℳ 1.—

1 Butterglocke oder
2 Kompottschüsseln oder
1 Porzellan-Tasse oder
1 Porzellan-Teller oder
1 Porzellan-Kinderbecher od.
1 Block Eßschokolade

Unsere neuesten Schlager

3 Tafeln **hochf. Vollmilch-Schokolade** nur **1.00**
1 Ries.-Tafel **Haselnuß-Vollmilch-Schokol.** nur **50 ₰**
½ Pfund **Kokosflocken** mit Schokolade . . . . nur **45 ₰**
½ Pfund **Frühlingsmischung** . . . . . nur **30 ₰**
½ Pfund **helle und dunkle Maize** . . . . . nur **30 ₰**
¼ Pfund **hochfeine Bruchschokolade** . . . nur **35 ₰**

Auf sämtliche Waren erhalten Sie **5 Prozent Rabatt.** Ferner verabfolgen wir auf **Kaffee, Tee** und **Kakao** unsere überall beliebten Gutscheine

Hamburger Kaffee-Lager
Thams & Garfs
Freital-Potschappel, Untere Dresdner Str. 67

Beachten Sie bitte unser Schaufenster

Thams & Garfs' Kaffee ist der beste

Sämtliche altbekannten
Biere
liefert frei Haus und Kantine
Kurt Noack
Dohnaischer Platz

Arbeiter
kauft Eure
Arbeitssachen
bei
Ernst Klaar
Liliengasse 25
Ecke Josephinenstraße

Ia gerösteten
Perlkaffee
¼ Pfd. 65 Pf.
6% Rabatt
Carl Bauch
Pirna
Reitbahnstraße 2

Hosen . . . . von M. **2.60** an
Lederhosen . von M. **3.60** an
Sommerjoppen v. M. **3.90** an
Lüsterjaketts von M. **7.40** an
Anzüge . . . von M. **18.00** an
ferner große Auswahl in Wanderhosen, Gebirgsjacken, Wanderhemden usw.
W. Jurmann, Pirna
Schössergasse 1